Nummer 18
Juli/August 1992
2.50 Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN



Sie marschieren wieder! Rudolstadt am 15. August 1992

"Junge Freiheit" - Brücke zum Rechtsextremismus

Nazis in Großbritannien

Eichberg-Renaissance?

Inhalt

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand • Rolandstraße 16
Postfach 1324 • 3000 Hannover 1
Tel.: 0511/34 10 36
Postgiro Hannover
Nr.445586-301 • BLZ 250 100 30
Druck: Interdruck, Schöneworth
3000 Hannover
Satz und Layout: R.Simon
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
HerausgeberInnen:
Stefan Berndt, Rainer Butenschön, Lisa Böhne, Winfried Holzinger, Alfred Klose, Jürgen Trittin, Dorothea Vogt
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder

Editorial

Infolge der Sommerpause erscheint die Nummer 18 des "Rechten Randes" leicht verspätet, dafür aber um 4 Seiten stärker. Die Verzögerung in der Herstellung ermöglichte es uns aber auch, einen kurzen Bericht über den Neonazi-Aufmarsch in Rudolstadt ("Heß-Gedenkmarsch") in das Heft aufzunehmen. Damit sollten der Verlauf des Neonazi-Aufmarsches und der Antifa-Demonstration in Hof jedoch nicht abgehakt werden, sondern zum Anlaß für eine rechtzeitige, intensivere Diskussion über sinnvolle Gegenaktionen im kommenden Jahr genommen werden. Im nächsten Heft werden wir einen ersten Beitrag zu diesem Themenkomplex veröffentlichen.

Positiv zu vermerken ist eine Verstärkung der Redaktion des "Rechten Randes". Die Journalisten Sönke Braasch und Anton Maegerle haben sich zu einer kontinuierlichen Mitarbeit bereit erklärt.

Nichtsdestotrotz bitten wir unsere LeserInnen um Mitarbeit an diesem Zeitungsprojekt, um auch in Zukunft auf alle relevanten Ereignisse und Strömungen des Rechtsextremismus eingehen zu können.

Finanziell sieht esdagegen nicht ganz so gut aus. Wir benötigen noch zahlreiche AbonnentInnen (Werbeexemplare für Antifa-Konferenzen, -Aktionen etc. können kostenlos angefordert werden) und AnzeigenkundInnen (Anzeigenpreisliste kann über die Verlagsadresse angefordert werden). Auch in desem Bereich sind wir auf Unterstützung von außerhalb angewiesen. Falls Ihr Vorschläge habt, setzt Euch bitte mit uns in Verbindung. (Adresse im Impressum) .

Die Nummer 19 des "Rechten Randes" erscheint spätestens am 15. Oktober 1992. Redaktionsschluß und Anzeigenschluß für diese Ausgabe ist der 20. September. (Bitte längere Beiträge vorher mit uns absprechen!)

"nicht zwingen sondern anstecken
nicht überreden sondern mitreißen"

Wir trauern um unseren Freund

Hartmut Meyer

1948 - 1992

**Wir haben viel von ihm gelernt.
Sein Antifaschismus prägt unser Handeln.**

Jan Baumeister Margret Feit Andres Garcia
Jürgen Gisch Boris Hempel
Peter Kratz Thomas Sauer

Kabarettist als "Geheimdienstzuträger"

Dietrich Kittner, 57, radikaldemokratisch veranlagter Kabarettist, gab jetzt einem Geheimdienst unverlangt Informationen.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz hatte dieser Tage veröffentlichen lassen, es lägen ihm keinerlei Informationen über einen direkten Einsatz deutscher Neo-Nazis als kroatische Söldner auf dem Balkan vor. Der Kabarettist erinnerte sich jedoch an bereits im März dieses Jahres veröffentlichte und vom BKA bestätigte Zeitungsmeldungen über die Kampftätigkeit einer neo-nazistischen "Schwarzen Legion" auf kroatischer Seite, und schrieb einen Brief an den Verfassungsschutz:

"Laut offizieller Äußerung eines Sprechers Ihrer Behörde sollen ihnen keinerlei Erkenntnisse über in Kroatien kämpfende deutsche Neo-Nazis vorliegen.

Um Ihrem offensichtlich z.Zt. erkenntnis-unfähigen Dienst ein wenig auf die Sprünge zu helfen, übersende ich Ihnen beiliegend einen Artikel der tz, München, vom 9.3.92, Seite 1, demzufolge sehr wohl deutsche Neo-Nazis als in einer "Schwarzen Legion" zusammengeschlossenen Söldner für Kroatien dort organisiert Menschen umbringen, zu diesem Zwecke kriminelle Waffenbeschaffungsüberfälle und Waffenschmuggel nach Kroatien betreiben.

Merke: eines der einfachsten und ältesten nachrichtendienstlichen Mittel ist nach einhelliger Fachmeinung vergleichende Zeitungslektüre. Schade, daß Ihrem Geheimdienst auch dies unbekannt ist! Sie könnten dann doch mehr Zeitung lesen und brauchten nicht mehr in anderer Leute Briefe herumzuschnüffeln.

Vielleicht auch hat es sich beim Verfassungsschutz noch nicht herumgesprochen, daß man Telefone nicht nur abhören, sondern auch selber zu sogenannten Telefongesprächen benutzen kann. Sie hätten sonst nämlich nach Kenntnis der o.a. Meldung auch das tun können, was sogar mir geheimdienstlichen Laien möglich war: die Pressestellen des Bundesinnenmini-

Aus Liebe zu Deutschla



Unfähig zu vergleichender Zeitungslektüre?

steriums, des Außenministeriums und das Bundespresseamt anrufen und sich dort bestätigen lassen, daß der Bundesregierung der erwähnte Kampfeinsatz rechtsextremer deutscher Legionäre schon im März '92 durchaus bekannt war. Leider konnte sie jedoch nach eigener telefonischer Bekundung bisher nichts dagegen unternehmen, weil solcher Kampfeinsatz "ja nicht verboten" sei ...

Ich hoffe sehr, daß Sie nach meinem Schreiben nun doch ein wenig mehr wissen, und daß sich dieser Umstand in einer korrigierenden Pressemitteilung Ihres Hauses bemerkbar machen wird. Bitte verfallen Sie jetzt aber nicht in den alten, wohl Ihrer bekannten rechtsseitigen Sehschwäche entspringenden Fehler, statt gegen Nazi-Todesschützen zu ermitteln, den Schreiber dieses Briefes als "Nestbeschmutzer" zu verfolgen.

Bitte haben Sie außerdem Verständnis dafür, daß ich diesen Brief öffentlich mache. Es ist das erste Mal in meinem Leben, daß ich einem Geheimdienst einen Tip gebe, und - man weiß ja nicht, wie das Leben noch so spielt - ich möchte keinesfalls später als Ihr "inoffizieller Mitarbeiter (IM)" vor der Geschichte dastehen; dann schon lieber als öffentlicher.

Ob Ihrer offensichtlich eklatanten fachlichen Unfähigkeit und Uninformiertheit erschrockene Grüße!

Dietrich Kittner

NADIS 14 572 473

PS: Und noch ein Tip: Schicken Sie doch mal Ihre OMs und IMs auf den Münchner Hauptbahnhof! Vielleicht werden diese dort auch, wie kürzlich einer meiner Bekannten, in aller Öffentlichkeit von kroatischen Söldner-Werbern angesprochen ... Schärfen Sie aber Ihren Mitarbeitern bitte ein, nicht mitzugehen!"

"Welt-Offensive" der NSDAP/AO - USA

Nach eigenen Angaben hat die in Lincoln/Nebraska-USA ansässige "Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei-Auslands-u. Aufbauorganisation" (NSDAP/AO) eine "Welt-Offensive" gestartet.

In der Mai-Juni'92 Ausgabe von "THE NEW ORDER", dem englisch-sprachigen Organ der NSDAP/AO, wird mitgeteilt, daß die weltweit im Untergrund agierende NS-Bewegung ab sofort ein "NS NEW BULLETIN" in den Sprachen Französisch, Niederländisch, Spanisch, Portugiesisch und Italienisch vertreibt. Damit hat die NSDAP/AO ihren Aktionsraum -zumindest publizistisch- beträchtlich erweitert. Bisher erschien ihr nationalsozialistisches Kampfmaterial in den Sprachen Deutsch ("NS-Kampfruf"), Englisch ("THE NEW ORDER"), Schwedisch ("Sveriges Nationella Förbund") und Ungarisch ("Uj Rend").

Hakenkreuzaufkleber mit Parolen wie "White Power" oder "Deport Niggers" sind nun in 11 Sprachen vorrätig.

Gerhard Lauck, Führer der NSDAP/AO, in einem Begleitschreiben zur "Welt-Offensive": "Our National Socialist comrades in nearly every country outside of Eastern Europe now have a National Socialist periodical in their own native Language."

Mobilisiert wird von der NSDAP/AO auch für den "Rudolf Heß Gedenkmarsch", der am 15. August d.J. im bayerischen Wunsiedel stattfinden soll.

Die Unterstützung bundesdeutscher Neonazis im Kampfgebiet von Kroatien dokumentiert ein Leserbrief eines deutschen Legionärs, der in der Juli/August'92 Ausgabe von "THE NEW ORDER" veröffentlicht ist. Lapidar heißt es dort: "Greetings from all of us! We are fighting here for our free world. There is an international brigade here, in which we belong to an independent unit. The Croatians are very pro-German. Last night we attended an Utasa concert. Every evening shells come in from three sides. We have already smoked out two Tsetnik bunkers." Der Brief schließt mit: "Sieg Heil!"

Anton Maegerle/S. Braasch

Bernd Siegler

"Junge Freiheit"

Brückenbauer zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus

Mit einem aggressiven Antiliberalismus avancierte die Zeitschrift "Junge Freiheit" (JF) zum Shooting Star der rechtsextremen Postillen. Konservative Autoren helfen mit, das Renommee des Blattes aufzupolieren. Deren MacherInnen träumen bereits von einer "rechten taz" und propagieren die Ökodiktatur als neu-rechte Utopie. Während im internationalen Maßstab Neofaschisten Söldner für den kroatischen "Befreiungskampf" anwerben, macht sich die JF unverblümt an die Rehabilitierung der faschistischen Ustascha.

"Daß sich der Konservatismus ursprünglich gerade nicht um Parteien gruppierte, sondern um Zeitschriften, Zirkel und couragierte Persönlichkeiten wird gerne vergessen. Inzwischen scheint diese Erkenntnis sich wieder durchzusetzen." **Dieter Stein**, ganze 24 Jahre alt und schon Chefredakteur der sich selbst als "konservatives Medium" darstellenden Zeitschrift "Junge Freiheit", will mit seinem Blatt einen Beitrag zur Durchsetzung dieser Erkenntnis leisten. Die "Junge Freiheit" (JF) soll Teil eines "politischen, kulturellen und publizistischen Kapillarsystems" sein, durch das "konservative Vorstellungen in breitere Schichten sickern können". Sie will Brücken schlagen zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus und knüpft daher an den elitären Zirkeln der "Konservativen Revolution" in der Weimarer Republik an. Ein "moderner Nationalkonservatismus" verbunden mit einem aggressiven Antiliberalismus soll -so Stein- Berührungsängste zwischen Konservativen, Nationalen und Nationalrevolutionären abbauen.

Bislang mit Erfolg: von der Startauflage im Mai 1986 mit 400 Stück hat sich die "Junge Freiheit" mit derzeit monatlich 35.000 Auflage zum Shootingstar der rechtsintellektuellen Postillen gemausert. Es ist die einzige rechtsextreme Publikation, die nahezu an jedem größeren Bahnhofskiosk zu kaufen ist. Die Macher der "Jungen Freiheit", die von dem in Ulm als gemeinnützig anerkannten Verein "Unitas Germanica" herausgegeben wird, hegen bereits den Traum einer wöchentlich erscheinenden "rechten taz". Sie freuen sich, trotz rechtsextremer Ideologie, Redaktion und Autorenschaft nicht Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes zu sein. Immerhin bestimmen und bestimmten mit **Peter Boßdorf**, dem ehemaligen stellvertretenden Chef des stramm rechten "Gesamtdeutschen Studentenverbandes", mit **Stefan Ulbrich**, einem Neuheiden und Ex-Wiking-Jugend-Kämpfer, mit **Gerhard Quast**, dem Chefredakteur der nationalrevolutionären Zeitschrift "wir selbst", mit **Michael Krämer**, einem ehemaligen FAP-Funktionär, mit **Boris Rupp**, einem ehemaligen REP-Bundesvorstandsmitglied, mit **Carsten Pagel**, dem ehemaligen Berliner REP-Chef, und mit **Sven-Thomas Frank**, einem amtierenden Berliner REP-Funktionär, einschlägig bekannte Personen die JF-Redaktion. Eine junge Mannschaft (Durchschnittsalter 28 Jahre), die für den Frankfurter Publizisten Detlev Claußen zu einer neuen Generation von "aggressiven Jungakademikern" gehört, die "nun eine von oben lizensierte Revolte gegen das links-liberale Kulturestablishment aufführen".

Vehement verwahrt sich die "Junge Freiheit" (JF) jedoch gegen den Vorwurf des Rechtsextremismus. Gern führt man dazu die Bundesregierung als Kronzeugen heran, die in der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der PDS keinerlei Grund gesehen hatte, die JF als verfassungsfeindliche Bestrebung unter die Lupe zu nehmen. Dabei ist es dem Bonner Innenministerium selbstverständlich nicht entgangen, "daß in der JF auch Texte von Autoren zur Veröffentlichung gelangten, die bereits im Zusammenhang mit rechtsextremistischen Tendenzen hervorgetreten sind". Einträchtig neben Unionsparlamentariern wie z.B. **Hartmut Koschyk**, **Hanna Renate Laurien**, **Renate Hellwig** oder Innenstaatssekretär **Eduard Lintner** kommen dort FPÖ-Chef **Jörg Haider**, DSU-Chef **Walther**, die deutschnationale Professorenriege um **Helmut Diwald**, **Robert Hepp**, **Wolfgang Seiffert** und **Klaus Hornung** sowie NPD-Chef **Günther Deckert**, der Auschwitz-Leugner **David Irving**, der Chef der rechtsextremen "Deutschen Liga", **Harald Neubauer**, und der baden-württembergische REP-Fraktionsvorsitzende **Rolf Schlierer** zu Wort. Der Berliner REP-Landesvorsitzende **Hans-Werner Müller**, unter der SPD/FDP-Regierung Helmut Schmidt als Abteilungsleiter im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung tätig, darf seine Forderung zur Abschottung Europas vor Flüchtlingen unter der Überschrift "Die Flut steigt, laßt uns Dämme bauen" nicht nur in der Mai-Ausgabe der Parteizeitung "Der Republikaner" ausbreiten, sondern bekommt unter der Überschrift "Die Invasion der Armen" im November letzten Jahres gleich zwei Seiten in der JF eingeräumt.

Trotzdem will man im Bonner Innenministerium keinesfalls von einer "gemeinsamen Publikationstätigkeit seitens Extremisten und Demokraten" reden. Die inhaltliche Ausgestaltung ebenso wie die Auswahl der Autoren unterliege "als Ausfluß der Pressefreiheit der alleinigen Verantwortlichkeit des jeweiligen Presseorgans", lautet die lapidare Antwort. Über die inhaltliche Ausgestaltung verliert das Innenministerium ebenso kein Wort wie über die Anzeigenkunden. Neben Coca Cola und Philip Morris ("Neues Denken braucht neue Chancen") und dem BUND-Umweltzentrum in Stuttgart oder dem Verlag Ullstein Langen Müller finanziert sich die JF mit Anzeigen von rechtsextremen Verlagen wie Grabert, Türmer oder Bublies.

Der "Neuanfang" des Konservatismus

Die JF-Redakteure bezeichnen sich zwar selbst als Konservative. "Konservativ" hat für sie aber nichts mit den Unionsparteien zu tun. Diese hätten, so Chefredakteur Stein, der seine Karriere zunächst bei der "Jungen Union" und dann bei der "Republikaner"-Abspaltung "Freiheitliche Volkspartei" begann, mit dem Fall der Mauer "die historische Chance zum Kurswechsel" hin zu einer "moralisch-kulturellen Erneuerung" des deutschen Volkes vertan. **Roland Bubik**, der 22-jährige Chefideologe der "Jungen Freiheit" (JF), der erst Ende Mai dieses Jahres als Beisitzer in den Vorstand des Kreisverbands Mannheim der "Jungen Union" gewählt worden war und mit einer "LUST! - Liste unabhängiger Studenten" Bewegung in die hochschulpolitische Landschaft Mannheims bringen wollte, bezeichnet seine Mutterpartei gar als "liberal-bürgerlich" (1/92). Da aber Konservatismus und Liberalismus Gegensätze seien, plädiert er für einen "ungebundenen Neuanfang" (1/92) im deutschen Konservatismus. So ungebunden ist der Neuanfang jedoch nicht. Ideologisch liebäugelt die "Junge Freiheit" mit der sog. "Neuen Rech-

ten", die es in Frankreich geschafft hat, Le Pens "Front National" inhaltlich zu prägen, und deren Gedankengut ansatzweise Eingang in die Programmatik der "Republikaner" und der "NPD" gefunden hat.

Programmatisch beklagt JF-Redaktionsmitglied **Markus Zehme** im April 1990, daß die "durchliberalisierte deutsche Rechtsintelligenz" die von der Neuen Rechten "diskutierten wegweisenden Ansätze einer neuen Gesellschaftspolitik" ignorierten. Es werde Zeit, daß die deutsche Rechte darüber nachdenke, was sie selbst jenseits des Nationalen als rechts definiert "oder sie wird bald nicht mehr sein", das heißt "im Liberalismus aufgehen". Vertretern der Neuen Rechten wie z.B. dem Chefideologen der französischen "Nouvelle Droite", **Alain de Benoist**, oder dem Belgier **Robert Steuckers** steht die "Junge Freiheit" als Plattform für eine Ideologie zur Verfügung, in deren Mittelpunkt "die europäische Zivilisation der Weißen" steht. Ihr biologistisches Weltbild geht davon aus, daß die in der genetischen Vielfalt wurzelnde Ungleichheit nicht aufhebbar sei. Größter Feind dieser Zivilisation sind demnach gleichmacherische Ideologien wie Liberalismus und Kommunismus. So fordert die Neue Rechte einen "dritten Weg" zwischen Kapitalismus und Kommunismus und plädiert für den sog. Ethnopluralismus. Statt schlicht "Ausländer raus" fordert man jetzt ein striktes Nebeneinander der Völker, um deren Verschiedenheit zu bewahren.

Auch die JF-Autoren, die sich selbst rühmen, "unbequeme Fragen" zu stellen, wollen Schluß machen mit dem "ausufernden Materialismus" und der multikulturellen Gesellschaft. Sie fragen sich, ob "Ausländerkriminalität mentalitätsbedingt" sei, und JF-Autor **Wolfschlag** macht sich Sorgen, wie "wir unsere nationale Identität in einer solchen Mischgesellschaft bewahren" könnten. Er malt eine "Allianz der Entwurzelten" an die Wand, die aus dem "fremdländischen Neo-Proletariat und notorischen deutschen Anti-Patrioten, die ihre verloren gegangene Heimatliebe auf einen 'edlen Wilden' aus dem Morgenland übertragen", bestünde.

Vorbild: Carl Schmitt

Mit ihrem "nonkonformen, tabulosen Journalismus" will die JF-Redaktion ideologisch an den elitären Zirkeln der "Konservativen Revolution" in der Weimarer Republik anknüpfen und nimmt Anleihen aus den Werken insbesondere von **Carl Schmitt**, **Ernst Jünger**, **Ernst Niekisch** und **Oswald Spengler**. Konsequent wirbt denn auch die Zeitschrift mit dem Slogan "Eine konservative Revolution".

Der Staatsrechtler Carl Schmitt und die Gruppe der "Konservativen Revolution", die sich in der Weimarer Zeit aus Jungkonservativen, Nationalrevolutionären und Völkischen zusammensetzte, gelten als ideologische Wegbereiter des Nationalsozialismus. Insbesondere Carl Schmitt, der von Anfang an die parlamentarische Demokratie der Weimarer Republik bekämpft hatte und für einen autoritären, von Eliten geführten Staat eintrat, steht bei den Neuen Rechten und den JF-Autoren hoch im Kurs. Immer wieder wird Bezug genommen auf das NSDAP-Mitglied, das von Hermann Göring protegiert wurde und als einflußreicher Herausgeber der Deutschen Juristenzeitung (ab 1934) das Ermächtigungsgesetz als "vorläufiges Verfassungsgesetz des neuen Deutschlands" feierte. Für Schmitt ging mit den Nürnberger Rassegesetzen ein Traum in Erfüllung. Endlich sei der Staat "ein Mittel der völkischen Kraft und Einheit". Er wandte sich gegen die "Einmischung raumfremder und unvölkischer Mächte in den mittel- und osteuropäischen Raum" und forderte eine Neuordnung Europas. Schmitt definierte die spezifische politische Entscheidung als die "Unterscheidung von Freund und Feind", bezeichnete den Kommunismus als "Todfeind des deutschen Volkes" und schrieb schon vor der Machtergreifung Hitlers, daß der Staat nicht daran denke, "seine Macht unter irgendwelche Stichworte, Liberalismus, Rechtsstaat oder wie man es nennen will, untergraben zu lassen". Seine antiliberale, antiaufklärerische Haltung verbindet sich mit den Grundlagen rassistischen Denkens, wenn er 1969 fordert, daß die "politische Kraft einer Demokratie" sich darin zeigen müsse, "daß sie das Fremde und Ungleiche, die Homogenität Bedrohende zu beseitigen und fernzuhalten" wisse.

Die Renaissance von Schmitt, der 1985 gestorben ist, ist derzeit im In- und Ausland zu spüren. Seine Schriften werden in Italien und Frankreich neu aufgelegt und diskutiert. Der stellvertretende REP-Chef und einstige RCDS-Kämpfer, der 37-jährige Rolf Schlierer aus Stuttgart, brüstet sich z.B. damit, daß er Schmitts Werke noch aus dem Giftschrank des juristischen Seminars habe holen müssen. Seine von Schmitt inspirierten Ergüsse publiziert Schlierer, der sich in der Öffentlichkeit betont moderat gibt, in der österreichischen deutschnationalen Zeitung "Aula". Dort trifft er sich mit dem JF-Redakteur und FPÖ-Mitglied **Jürgen Hatzenbichler**, dem ehemaligen stellvertretenden Chef der Kärntner Neonazi-Gruppe "Nationale Front".

Liberalismus als Grundübel

Entsprechend dieser Konservativen Revolution und auch der Neuen Rechten hat die JF als Hauptfeind der Menschheit den "Liberalismus" und seinen "falschen Freiheitsbegriff" ausgemacht. Für Roland Bubik, der damit prahlt, daß "so mancher Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung bei der JF die Feder schwingt", ist das eine Frage des Menschenbilds. "Der Mensch ist von Natur aus nicht frei", schreibt er im Oktober 1991. Man könne nicht jedem Menschen eine "gleichgeartete Willensfreiheit" zuschreiben. Wahrer Konservatismus sei es, "die gesellschaftliche Regelung der Freiheit unter der Berücksichtigung menschlicher Ungleichheit" zu bedenken. Liberale wähnten aber "in der Freiheit eine äußere Zwanglosigkeit, die primär gegen den Staat verteidigt werden" müsse. Grundverkehrt, meint Bubik, denn unter dem Vorwand des Freiheitsschutzes werde gerade "die kollektive Volkskraft und der Staat" geschwächt. Er spricht sich für einen starken Staat und dessen "in seiner ethnischen und kulturellen Tradition begründeten normativen Entscheidungen" aus. Konservativ sei es, "Freiheit durch Ordnung" zu schaffen. Von diesem Weg dürfe keinesfalls abgewichen werden, schließlich sei "der Mensch zu wertvoll, um ihn den Liberalen zu überlassen".

Dementsprechend macht die JF auch die "liberale Demokratie", die ihre Bürger "alltäglich zu einem hedonistischen Leben" erziehe, für den steigenden Drogenkonsum oder für steigende Abtreibungszahlen verantwortlich. Im "Kampf gegen die Abtreibungsgesellschaft" stellt sich das ehemalige DKP-Mitglied **Karin Struck** in der jüngsten Ausgabe der JF als Interview-Partnerin und Kronzeugin zur Verfügung. Die 45-Schriftstellerin und "Mutter von fünf Kindern, eines davon wurde abgetrieben", begeisterte die JF-Redaktion mit Äußerungen wie "Die Mutterschaft kaputt zu machen, war und ist Ziel der Emanzipation". "Wir sind ein aussterbendes Volk", beklagt Struck. "Geistiger Vater dieser Entwicklung" sei ein "sozialistisch-atheistisches Menschenbild".

Struck befindet sich damit auf einer Linie mit dem JF-Autoren **Raimo Benger**, der in seinen Beiträgen gern auf den konservativen Ideologen und Adenauer-Preisträger **Gerd Klaus Kaltenbrunner** zurückgreift. Für Kaltenbrunner, dessen Privatadresse auch in Michaels Kühnens Notizbuch aufgelistet war, ist es "kein Akt der Befreiung, den Menschen aus allen institutionellen Ordnungen herauszulösen, sondern eine Vergewaltigung". Damit es dazu nicht kommt, setzt die JF und allen voran Roland Bubik auf den "politischen Konservatismus". Nur dieser vermöge es, "die Krise der Moderne von ihren Wurzeln her zu begreifen" (4/92). Bubik will klarmachen, daß gegen die "neoliberale Kälte" eine "Gemeinschaft als Kohäsionsmodell der Solidarität" gestellt werden müßte. Statt aufklärerischer Gesellschaftstheorie empfiehlt er, den Menschen "Nation, Familie und Ordnungsgedanken" wieder nahezubringen. "Eine intellektuell geführte, massenorientierte konservative Kraft, welche in diesen Fragen die Meinungsführerschaft erwirbt, wird Erfolg haben, auch als Partei", prognostiziert der JF-Autor.

Im Sinne des Antiliberalismus und des "dritten Weges" kämpft die JF gegen die Stationierung fremder Truppen in Deutschland und für die Souveränität Deutschlands. Wie auch die REPs fordert JF-Autor **Wolfgang Venohr** "eine neue Statur Europas", ein "Europa der Vaterländer" und plädiert für einen Befreiungsnationalismus der Völker und verbindet damit die Hoff-

Klaus Kunze: „Der totale Parteienstaat", Seite 11

JUNGE FREIHEIT

2 Januar/Februar 1992 | Deutsche Zeitung für Politik und Kultur | 7. Jahrgang | M 4084 E | DM 2,

nung, endlich Schluß machen zu können mit der deutschen Vergangenheit. "Teils aus traditioneller Sympathie, teils weil die ökonomisch-ökologischen Herausforderungen dafür sorgen werden", würden dann die zukünftigen 42 europäischen Nationalstaaten in der Mehrzahl eine "deutschfreundliche Position" einnehmen. Damit, so hofft Venohr in der April-Ausgabe dieses Jahres, werde "das deutsche Volk nicht nur staatlich vereinigt sein, sondern auch seelisch befreit werden". Das deutsche Volk werde "endlich nach einem halben Jahrhundert, das Kollektivschuld-Ghetto verlassen" können.

Geschichtsrevision als Grundlage

Zur "seelischen Befreiung" Deutschlands sollen auch die Seiten unter der Rubrik "Zeitgeschichte" in der JF beitragen. Verantwortlich dafür zeichnet **Alfred Schickel**, Chef der "Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle in Ingolstadt" und Spezialist in Sachen Geschichtsrevision. Auf diesen Seiten wird dann nicht nur die Auschwitz-Lüge weitergestrickt, es gilt die "grassierende Dauerbüßermentalität" abzustreifen als Voraussetzung für ein neues deutsches Selbstbewußtsein. So wird in dieser Rubrik der Winterfeldzug der Wehrmacht gepriesen und der Kampf der deutschen Freiheitskorps im 1. Weltkrieg. Es ist von "regelmäßigen Entlassungen aus den KZ's" die Rede und Ex-Nato-General **Franz Uhle-Wettler**, von **Franz Schönhuber** in die REP-Programmkommission berufen, darf dort den Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion als Akt der Notwehr hinstellen.

Im Sommer 1991 schließlich macht sich Wolfgang Venohr an die Rehabilitierung der deutschen Wehrmacht. Der Kampf der Wehrmacht sei demnach "nicht umsonst" gewesen, denn ohne deren "Opferkampf" hätte es keine Wiedervereinigung gegeben. Man werde die deutsche Nation solange nicht zu den "Kulturvölkern" rechnen können, "solange sie nicht mit Trauer, Stolz und Ehrerbietung ihrer Soldaten gedenkt, solange sie nicht die Fahnen vor dem Namen der Wehrmacht senkt".

Während andere rechtsextreme Gruppierungen und Postillen im In- und Ausland mehr oder minder zum bewaffneten Kampf auf der Seite des "kroatischen Volkes gegen die serbischen Barbaren" und damit zur "Rettung der weißen Rasse" (NSDAP/AO) aufrufen, wundert es nicht mehr, daß die JF es sich zur Aufgabe gestellt hat, die faschistische Ustascha zu rehabilitieren. JF-Autor **Michael Paulwitz** knüpft in seinem Beitrag in der Juni-Ausgabe dieses Jahres an dem von der Ustascha 1941 ausgerufenen "unabhängigen Staat Kroatien" unter dem Protektorat Hitlers und Mussolinis an. Er korrigiert die Zahlen der in koratischen KZ's umgekommenen Serben nach unten und verhehlt nicht seine Sympathie mit den Ustascha-Nachfahren der 1990 gegründeten "Kroatischen Partei des Rechts" (HSP) und deren Miliz (HOS). Paulwitz findet nichts dabei, daß die HOS auf ihren Kampfanzügen den alten Ustascha-Gruß "Für die Heimat bereit" und an der Uniformkoppel das Ustascha-Zeichen trägt. Warum auch, schließlich unterstützt der HSP-Mann für Bosnien, **Davor Perinovic**, die JF-Kampagne "Freiheit für Königsberg". "Deutschland ist auch nicht Deutschland ohne Königsberg und Danzig", begründet Perinovic die Forderung nach einem Groß-Kroatien in seinen "echten und historischen Grenzen".

Große Koalition der Sympatisanten

Bei ihrem Kampf gegen den Liberalismus und für eine erneute "Konservative Revolution" bekommt die JF vielfältige Schützenhilfe. **Günter Rohrmoser**, der Chefdenker der rechten Denkfabrik "Studienzentrum Weikersheim", in dessen Kuratorium auch Rolf Schlierer bis 1989 saß, prophezeit, daß sich der "Liberalismus nicht mehr allzu lange behaupten" werde (7/91). REP-Chef Schönhuber plädiert ebenfalls für den "dritten Weg" jenseits von Kommunismus und Kapitalismus bzw. Liberalismus und schimpft gegen die "Wodka-Cola-Kultur" und Bayerns Innenminister **Stoiber** nutzte seine diesjährige Neujahrsansprache, um den zügellosen Liberalismus als Grundübel unserer Zeit anzuprangern. Unter den Gratulanten für das fünfjährige Zeitungsjubiläum befanden sich im Sommer 1991 nicht nur Adenauer-Preis-Träger **Armin Mohler**, der Berliner CDU-Rechtsaußen **Heinrich Lummer**, der FPÖ-Grundsatzreferent **Andreas Mölzer**, der Verleger **Herbert Fleißner** oder **Alain de Benoist**, der die JF als "Licht in der Finsternis" lobt, da sie den "Hauptgegner" richtig ausgemacht habe. Auch **Alfred Mechtersheimer**, Ex-MdB der Grünen, stimmte in die Lobeshymne mit ein. Die JF habe "einen Beitrag zur Befreiung vom 'Nationalkomplex' der Deutschen geleistet".

Mit ihrer gemischten Autorenschaft ist die "Junge Freiheit" ein Musterbeispiel dafür, wie reputierte, prominente konservative Autoren einer Zeitschrift die Chance eröffnen, das Ghetto des Rechtsextremismus zu verlassen und neue Lesergruppen erreichen. Laut JF-Chef Stein geht es der Zeitschrift auch erst einmal darum, als "vorzeigbare seriöse nationalkonservative Zeitung Felder im vorpolitischen Raum zu besetzen", denn "nur eine vitale Subkultur garantiert längerfristig die Durchsetzung eigener Zielvorstellungen". So führen die JF-Autoren genauso wie die Neue Rechte die Vokabel von Antonio Gramsci vom Kampf um die "kulturelle Hegemonie" im Mund. Sie rufen zum "Kulturkampf" auf und legen in ihrem Blatt im Gegensatz zu nahezu allen rechtsextremen Postillen Wert auf einen umfangreichen Kulturteil. Dort darf sich dann **Hans-Jürgen Syperberg** über die "Siegerästhetik" auslassen und neben Film-, Buch- und Ausstellungsrezensionen werden Carl Schmitt, Arno Breker, Joseph Beuys und Heinz Rühmann gewürdigt.

Den Worten folgen Taten

Neben derlei ideologischer Feinarbeit "im vorpolitischen Raum" unternahm die JF unter dem Namen ihres Förderverein auch praktische Aktivitäten, um den anvisierten Brückenschlag zwischen Konservativen und Rechtsextremisten zu festigen. Anläßlich der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages im Sommer 1991 war sie an der Aktion mit zwei Sportflugzeuge beteiligt, die mit Spruchbändern mit den Worten "Verzicht ist Verrat" und dem Vertriebenen-Motto "Schlesien bleibt unser" über dem Regierungsviertel kreisten. Zuvor sammelte der Verein deutsche Schulbücher als "Solidarität für Oberschlesien" und initiierte die Aktion "Berlin muß Hauptstadt werden". Im November 1990 rief die JF zusammen mit den rechtsextremen Blättern "wir selbst" und "Europa/Zeitenwende" nach Koblenz zu einem Kongreß "Initiative Deutschland '90" auf. Dort sollte die "Vernetzung der nonkonformen, patriotischen Kräfte Deutschlands" vorangetrieben werden. Einig waren sich die 250 Anwesenden schließlich darin, in Zukunft als Schwerpunktthemen die Nationale Identität, die Ablehnung der multikulturellen Gesellschaft, die Volksgruppenproblematik und die Kritik des Liberalismus" zu beackern und mit Hilfe neuer Technologien die politische Arbeit zu effektivieren. Jetzt fordert der Verein in großformatigen Anzeigen "Freiheit für Königsberg". Ihre Anwesenheit auf der diesjährigen Leipziger Buchmesse nutzte die JF für einen "non-konformen Treff" am 8. Mai mit Vertretern von "Wir selbst" und "Zeitenwende" sowie dem regionalistischen "Sachsenbund".

Nachdem die gesamte deutsche Rechte jenseits der Union nach der deutschen Vereinigung in eine tiefe Krise gestürzt ist und Helmut Kohl sich wählerwirksam als nationaler Retter verkaufen konnte, wittern die JF-Strategen mit Beginn des Jahres 1992 wieder Morgenluft. Sie sehen "erste Zeichen einer Rekonstruktion der

"Promis" zur Jungen Freiheit,. Aus der Abo-Werbung der JF, die nach eigenen Angaben pro Ausgabe 30 000 Leserinnen und Leser in der BRD und Österreich erreicht:

Eine konservative Revolution.

Lesermeinungen. **Alfred Mechtersheimer**: "Die JF zeigt, wie scheuklappenhaft und tabubeladen die vorherrschende Berichterstattung und Kommentierung in den deutschen Medien ist." **Armin Mohler**: "Sie ist eine richtige Zeitung, locker vom Hocker und stets auf der Suche nach (von anderen verschwiegenen) Nachrichten." **Caspar v. Schrenck-Notzing:** "Die JF ist in manchem Gegenpol..." **Günter Rohrmoser**: "... große Bereicherung im politischen Blätterwald Deutschlands." **Heinrich Lummer**: "... breites Themenspektrum..." **Alain de Benoist**: "Die JF ist eine Zeitung, die ich immer sehr gerne lese..." **Albrecht Jebens**: "... ausgezeichnete, geradezu handverlesene Mitarbeiter..." **Bernhard Friedmann**: "Es beeindruckt mich immer wieder, mit welcher Festigkeit die JF brisante politische Themen angeht." **Andreas Mölzer**: "... buntes Steinchen im Mosaik der deutschbewußten Publizistik..." **Herbert Fleißner**: "Ich hoffe, es gelingt in Kürze das wöchentliche Erscheinen..."

intellektuellen Zirkel auf rechter oder konservativer Seite". Es werde dort angeknüpft, wo sich "knapp fünf Jahre zuvor alles im republikanischen Pulverdampf auflöste", diesmal aber mit "wesentlich mehr Dynamik". Dieter Stein sieht bereits eine "rechte Graswurzelrevolution" kommen angesichts der "sehr erfreulichen neuen Aktivitäten im nationalkonservativen, vorpolitischen Raum". Die Kleinanzeigenspalten füllen sich nicht nur mit Inseraten von Partneragenturen für "nationale Mädel und Burschen", sondern auch mit Terminen von "Leserkreisen" in München, Stuttgart, Gießen, Dortmund.

Ökodiktatur als Utopie

Mit einer "konservativen" Besetzung des Ökologiethemas versucht die JF weiter Terrain zu gewinnen und konservative Politik zu beeinflussen. Begeistert zeigt sie sich von Bayerns Umweltminister **Peter Gauweiler**, als dieser die Frage der Einwanderung als ökologisches Problem, als Problem des Flächenverbrauchs bezeichnet hatte. In ihrer März/92-Ausgabe fordert die JF eine Thematisierung der Ökologie von rechts und verspricht sich durch die "Thematisierung der umweltpolitischen Folgen der modernen Völkerwanderungen" die Initialzündung für eine Entwicklung, an deren Ende die eigentlichen grünen Themen des "Natur- und Lebensschutzes zu einer Domäne der Konservativen werden" könnten. Einen Ausblick auf neu-rechte Utopien liefert schließlich Wolfgang Venohr in der JF vom Mai 1992. Unter der Überschrift "Der Ökostaat kommt bestimmt" versucht er, eine "Ökodiktatur" zu rechtfertigen. "Starke Staaten" seien demnach gefragt, die für ihre jeweilige Region "supranationale Öko-Diktaturen" errichten müßten. "In Osteuropa muß das Rußland sein, in Mitteleuropa Deutschland, in Westeuropa Frankreich und Großbritannien." Deutschem Großmachtdenken stünde dann nichts mehr im Weg: "Wenn Berlin beispielsweise diese oder jene Umwelt-Anordnung erläßt, dann haben nicht nur die Deutschen, sondern ebenso die Polen, Ungarn, Tschechen, Österreicher, Schweizer und Slowaken Folge zu leisten." Um in dieser neuen Zeit zu bestehen, müßten sich "insbesondere die Deutschen an ein großes Vorbild erinnern, an eine öffentliche Haltung, in der Disziplin, Dienen und Einordnung mit Toleranz, Bescheidenheit und Sittlichkeit verschmolzen waren": die "preußische Facon".

Horst Freires

Kaliningrad im Blickfeld der Rechten

Nach dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion kommen die altbekannten Gebietsansprüche auf ehemaliges deutsches Territorium im Kaiser- und im Deutschen Reich bei den Rechtsextremisten aller Schattierungen wieder hoch. Landsmannschaften, Vertriebenenverbände, Republikaner oder militante Neonazis, alle haben sich mit Deutschtümelei dieses Themas angenommen. Ein Beispiel dafür ist der Popagandafeldzug von rechts in Sachen "Königsberg" (heute Kaliningrad).

Seit Monaten läuft in der Monatszeitung der Rechtspopulisten "Junge Freiheit" die Aktion "Freiheit für Königsberg!". Die Unitas Germanica ist Initiator für einen Anzeigenaufruf, sich für die uneingeschränkte Ansiedlung von Deutschen und Rußlanddeutschen in und um Kaliningrad einzusetzen sowie eine deutsche Verwaltung Nordostpreußens einzurichten. Für diese Forderung geben in einer Anzeigenkampagne Konservative, einige DVU-Aktivisten, Republikaner, NPDler, rechte CDU-Kreise bis hin zu militanten Neonazis ihren Namen her.

Konsequent daher auch die Forderung der DVU-Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein, die vor der letzten Landtagssitzung vor der Parlamentssommerpause den Antrag auf Einrichtung und Förderung einer "Königsberg-Stiftung" stellte. Aufgaben der Stiftung im Zusammenhang mit einem Patenschaftsabkommen sollten unter anderem sein: Einführung der D-Mark, Umbenennung Kaliningrads in Königsberg, Abzug russischer Militärverbände wie in der ehemaligen DDR, kulturelle "Eindeutschung" Sprache, Schule, Universität).

Ein Verfechter dieser Gedanken ist auch der Kieler **Dietmar Munier**, Gesellschafter und Geschäftsführer des Arndt- sowie des Orion-Heimreiter-Verlages, die mit rechtsextremistischen Publikationen glänzen. Munier (38) hat noch als Student Ende 1975 von **Thies Christophersen** (Herausgeber der "Bauernschaft" und des Werkes "Auschwitz-Lüge" im Kritik-Verlag - jetzt Kollund/Dänemark) in Kiel den "Sturmwind"-Buchladen übernommen. Im Laufe der Jahre gab es einige Namensänderungen der Buchhandlung. Jetzt nennt sie sich "Buchhandlung am Dreiecksplatz" und gibt sich von außen einen seriösen Anstrich.

Muniers Einstieg ins Lager der Rechtsextremisten als junger Erwachsener lief wie bei vielen seiner Zeitgenossen über die Jungen Nationaldemokraten, der NPD-Jugendorganisation. Seit Jahren wirkt er führend im Bund heimattreuer Jugend (BHJ). Kontakte zur Wikingjugend, zur "Gesellschaft für freie Publizistik"(GfP), zur ehemaligen "Kieler Liste für Ausländerbegrenzung" (KLA) sowie zum "Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes" (DKEG) zeichnen ebenfalls seinen Weg und sind nicht nur zufälliger Art.

Munier verschickt bundesweit Werbeschriften mit dem Titel "Aktion Deutsches Königsberg". Er beschreibt darin, daß mit der Förderung der Ansiedlung von Rußlanddeutschen in Nordostpreußen "neue Fakten für eine deutsche Perspektive unserer Ostprovinz" zu schaffen seien. Munier bittet um Spendengelder und Sachspenden, um die deutschen Interessen in Nordostpreußen voranzudrängen. Er selbst spricht von polnischem Imperialismus in dieser Region. Geld soll vor allem für die Einrichtung einer deutschen Schule investiert werden.

Bitte jetzt bestellen und verbreiten:



Dietmar Munier
Das letzte Dorf
Bei den Rußlanddeutschen in Ostpreußen
80 S., viele Abb., Pb.
Best.-Nr. 1020 DM 16,80

Verliert seine Geschäftsinteressen nicht aus den Augen: Eigenwerbung Muniers in seinen Rundschreiben.

Nebenbei macht Munier dann natürlich ganz eigennützig Werbung für sein eigenes Buch "Das letzte Dorf", das er über die Rußlanddeutschen in Ostpreußen geschrieben hat, und natürlich im Arndt-Verlag vertreibt, sowie für ein von ihm in der Gegend gedrehtes Video.

Für die Spenden erwähnt er sechs Kontaktadressen, darunter die der BHJ-Aktivisten **Michael Will** aus Raisdorf bei Kiel und **Henning Pless** aus Hamburg (seit 1991 sogar Bundesführer der Organisation).

Unter dem Motto "Deutschlands Ostgrenze - weder Oder noch Neiße" bettelt Munier gleichzeitig um zinsgünstige Darlehen. Besonders in den neuen Bundesländern tauchen Muniers Verlagsschriften und Rundschreiben auf, da er dort sicher gehen kann, daß noch nichts über seinen rechtsextremistischen Leumund bekannt ist. In Kiel geht der Widerstand gegen Muniers Buchladen indessen weiter. Zuletzt gingen die Scheiben der Buchhandlung zum wiederholten Mal nach Protesten gegen den DVU-Einzug in den Landtag zu Bruch.

Sönke Braasch

"Durch Wahrheit zur Freiheit!"

Zum neuen Bundesvorsitzenden der Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP) wurde auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung in Rothenburg ob der Tauber (Nord-Württemberg) Dr. Rolf Kosiek (58), einstiger Chefideologe der NPD, gewählt.

Mit dem Wechsel von Dr. **Gert Sudholt** (49), Leiter der rechten Verlagsgruppe Druffel/ Türmer/Vowinckel, zu dessen bisherigem Stellvertreter **Kosiek** ist ein Umzug der GFP von Berg (Bayern) nach Oberboihingen (Baden-Württemberg) verbunden. Oberboihingen liegt nahe Nürtingen, dem Wohnort von Kosiek, und Tübingen, hier arbeitet Kosiek als Lektor beim revisionistischen Grabert-Verlag. Anlaß für die außerordentliche Wahl war der Rückzug von Gert Sudholt, Ziehsohn des GFP-Gründers **Helmut Sündermann**. Sudholt war seit Mai 1975 Vorsitzender der GFP, der "größten rechtsextremistischen Kulturvereinigung", so der aktuelle Verfassungsschutzbericht.

Erster Stellvertreter der Gesellschaft für Freie Publizistik ist der Verleger ("Nation & Europa") und ehemalige NPD-Funktionär **Peter Dehoust** (56). Dehoust, inzwischen Bundesvorstandsmitglied der "Deutschen Liga für Volk und Heimat" sowie Vorsitzender des "Förderkreis Vereinigte Rechte", engagiert sich seit vielen Jahren für die politische Einheit der extremen Rechten. Zum zweiten Stellvertreter gewählt wurde auf der 33. Jahreshauptversammlung der Verleger **Waldemar Schütz** (79), ehemaliger Ordensjunker an NS-Ordensburgen und SS-Hauptsturmführer. Schütz gehörte dem niedersächsischen Landtag für die Deutsche Reichspartei (DRP) in den 50er Jahren sowie für die NPD in den 60er Jahren an. Erst jüngst wechselte der K.W. Schütz Verlag, Preußisch Oldendorf, in den Besitz des NATION EUROPA-Verlages, dessen Mehrheitsgesellschafter wiederum Dehoust ist. Zum Beisitzer der GFP wurde **Klausdieter Ludwig** (57), Publizist und langjähriges Vorstandsmitglied des Hilfskomitees Südliches Afrika (HSA) sowie des nationalrevolutionären Bundes Deutscher Solidaristen (BDS), gewählt. Klausdieter Ludwig und Peter Dehoust arbeiteten in der zweiten Hälfte der 50er Jahre im Rahmen des Bundes Nationaler Studenten (BNS) - Ludwig war im zweiten Halbjahr 1958 Bundesvorsitzender des BNS - mit späteren Gründungsmitgliedern der GFP wie Dr. **Peter Kleist** (seit 1931 Mitglied der NSDAP und später persönlicher Referent des Reichsaußenministers **Joachim von Ribbentrop**), **Leonhard Schlüter** (Verleger und 1955 kurzfristig FDP-Kultusminister in Niedersachsen), Professor **Herbert Böhme** (Mitglied der obersten SA-Führung für kulturelle Belange und 1951 Mitbegründer von "Nation Europa"), dem 1991 verstorbenen Publizisten **Erich Kern**(mayr) und **Helmut Sündermann**, ehemaliger stellvertretender Reichspressechef der NSDAP, zusammen. Schatzmeister der GFP bleibt **Wolf Lehner**, der beim Intermezzo der Deutschen Allianz-Vereinigte Rechte (DA-VR) den Posten des Schriftführers inne hatte.

Der 1963 von der Gesellschaft für Freie Publizistik gestiftete Ulrich-von-Hutten-Preis wurde dieses Jahr an **Werner Kuhnt** (81), langjähriges Vorstands- und Ehrenmitglied der GFP, verliehen. Begründung: "Herr Kuhnt hat als Jugendführer, Soldat, Politiker und Publizist für die Freiheit und Ehre der Deutschen gestritten." Weiter heißt es über den einstigen HJ-Obergebietsführer in der Verleihungsurkunde: "Getreu dem Hutten-Wort 'Ich habs gewagt' ist er furchtlos und mutig für eine bessere Zukunft unseres Volkes eingetreten." In den Jahren 1968 bis 1972 gehörte Werner Kuhnt, aus der Deutschen Partei kommend, als Nationaldemokrat dem baden-württembergischen Landtag an; von 1969 an amtierte Kuhnt als Fraktionsvorsitzender der NPD. Drei Jahrzehnte zuvor wurde Kuhnt Mitglied des Reichstages. "Da rief mich einfach der zuständige Gauleiter an und teilte mir mit, daß ich in den Reichstag gewählt worden sei." Über die "parlamentarische Arbeit" berichtete der 1929 der NSDAP beigetretene Kuhnt im Spiegel: "Wir mußten nur dann und wann mal singen." Von 1972 bis 1978 stand Kuhnt dem NPD-Landesverband in Baden-Württemberg vor. Heute ist er bei der Deutschen Liga für Volk und Heimat parteipolitisch beheimatet.

Im Rahmen des 3. Gesamtdeutschen Kongresses der GFP, die beiden vorhergehenden Kongresse fanden in Bensheim (Hessen) und Rothenburg ob der Tauber statt, hielten Dr. **Reinhard Hoffmann**, Professor **Hrvoje Lorkovic**, Ulm, **Robert Steuckers**, Brüssel, der vorbestrafte **Herbert Schweiger**, Graz, **Wjatscheslaw Daschitschew**, Gastprofessor an der Universität München, Dr. **Franz Pahl**, Landtagsabgeordneter aus Südtirol (sein Buch "Tiroler Einheit - jetzt!" erscheint im rechtsextremen Kieler Arndt-Verlag) und **Adolf von Thadden** (71), er personifiziert geradezu die Kontinuität vom Nationalsozialismus zum bundesdeutschen Rechtsextremismus, vor den rund 250 Teilnehmern Vorträge. **Alain de Benoist** (49), Chefideologe der Neuen Rechten, erschien entgegen der Ankündigung nicht.

Die Liste der ReferentInnen seit dem Münchener Kongreß "Forum Kriegsausbruch 1939" im Jahre 1975 liest sich wie ein "who is who" des Rechtsextremismus. Von prominenten Alt-Nazis wie **Theodor Oberländer** (87) und **Wilfred von Oven** (80) über rechtskonservative Politiker wie dem 1983 verstorbenen CDU-MdB und HIAG-Mitglied **Hans Wissebach**, **Hans-Dietrich Sander** (64), Herausgeber der Staatsbriefe, und Professor **Bernard Willms** bis zu neu-rechten Publizisten wie **Andreas Mölzer** (40) und **Wolfgang Strauss** (61) ist ein breites rechtes Spektrum auf Veranstaltungen der GFP vertreten. Die Zielsetzung der 1960 zu Zeiten der Frankfurter Buchmesse gegründeten GFP, in der vor allem Publizisten, Verleger, Redakteure und Journalisten organisiert sind, beschreibt die wenige hundert Mitglieder starke Gesellschaft so: "Seit 1960 gilt unser geistiger Kampf den Entstellungen in der deutschen Geschichtsbetrachtung, den unwahren Darstellungen der Ursachen und Hintergründe beider Weltkriege."

Seit 1961 erscheint die Vierteljahresschrift "Das Freie Forum". Die Schriftleitung oblag viele Jahre Dr. **Holle Grimm**, Tochter des 1959 verstorbenen Blut-und-Boden-Dichters **Hans Grimm** ("Volk ohne Raum") und langjähriges Vorstands- und Ehrenmitglied. Seit 1991 ist Rolf Kosiek, im übrigen Mitglied im "Wissenschaftlichen Beirat" der Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung, der Unabhängigen Freundeskreise und des "Sudeten-" Deutschen Seminars e.V. um den Witikonen Dr. **Walter Staffa**, auch verantwortlich für den Inhalt des Freien Forum. Selbstverständlich ist auch Kosiek Träger der Ulrich-von-Hutten-Medaille.

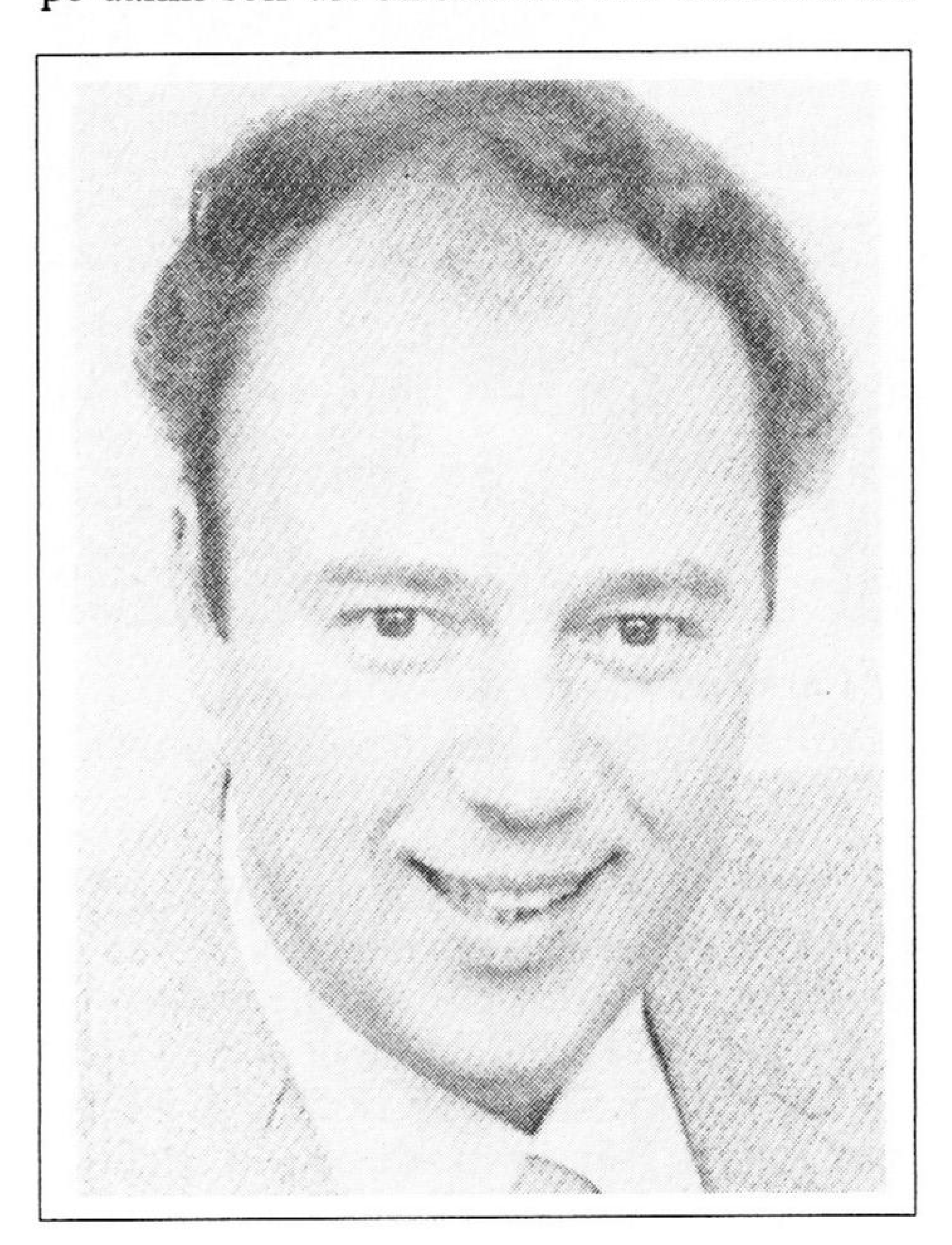
Peter Schulz-Oberschelp

Wartburgfest der Burschenschaften

Der rechten Traditionspflege entschlossen entgegentreten!

Im Oktober 1992 jährt sich zum 175. Mal das Wartburgfest der Deutschen Burschenschaften (DB). Aus diesem Anlaß werden sich Tausende von Verbindungsstudenten auf der Wartburg einfinden, uniformiert, fackel- und waffentragend, ihre Tradition pflegend.

Auch heute, wie eh und je, treibt die Deutsche Burschenschaft großdeutsche Politik und macht sich damit zur Speerspitze studentischer Verbindungen. Der Anschluß der DDR, den sie auf der Wartburg feiern werden, stellt für sie nur einen ersten Schritt zur Wiedererrichtung eines Deutschen Reichs dar. Die nächste Etappe dahin soll die Annektion des Gebietes um



Kaliningrad (Königsberg) sein. "Langfristig schwebt den Burschenschaftern sogar ein deutsch-russischer 'Freistaat Preußen' in dem Gebiet vor," (Ostpreußenblatt 26/92). Auf Antrag der rechtsradikalen Münchner Burschenschaft Danubia fordert die Deutsche Burschenschaft die Bundesregierung auf, sich für diese Forderung einzusetzen. "Die DB weist die Auffassung zurück, wonach die territoriale Einheit Deutschlands mit der Kleinen Wiedervereinigung vollendet sei." Das berichtet der alte Herr **Hans-Ulrich Kopp** in der Jungen Freiheit (JF) 7/92 über den Burschentag in Eisenach 1992.

Zurecht weist er darauf hin, daß sich die DB nicht der schnöden Tagespolitik unterwirft. Ihre Forderungen sind auf lange Sicht angelegt, was einschließt, daß ihnen kaum sofort sichtbare Erfolge beschieden sind. "Entscheidend ist aber, daß sich hier eine politische Meinungsbildung vollzieht, an der Führungskräfte in Wirtschaft, Medien und Gesellschaft beteiligt sind." (JF 7/92) Derlei Sätze sind nicht nur so dahingesagt. So berichten die Burschenschaftlichen Blätter (BB) 3-4/90 davon, daß ein Versammlungsverbot in Eisenach im März 1990 (da existierte die DDR noch) wahrscheinlich durch "die Interventionen auf höchster politischer Ebene" erfolgreich bekämpft werden konnte. Auf diesem Treffen sprach dann **Hans-Dietrich Sander**, dessen staatspolitische Forderungen ("Ich halte es für einen symbolischen Akt, wenn ich das heute hier auf der Wartburg bei einem Treffen deutscher Burschenschaftler sagen kann, die dafür zeugen, daß Deutschland größer ist als die BRD und DDR zusammen" (Zeitenwende 4/90)) "laufend durch heftigen Applaus unterbrochen" (BB 3/4 90) wurden.

Um welche Gebietansprüche es geht, hat der österreichische Professor und Korporierte **Dr. Kuich** bereits auf dem Akademiker-Tag des Verbandes Deutscher Akademikerverbände 1980 formuliert: "die Pflicht des deutschen Korporationsstudenten betonte, die Verbundenheit des deutschen Volkes von der Etsch bis an den Belt zu bewahren." (CC-Blätter 1/81)

Zwei Herren, die auf dem Wartburgfest sicher nicht fehlen werden. Wolfgang von Geldern, CDU-MdB, ehemaliger Parlamentarischer Staatssekretär(Foto links), durfte bereits die besonderen Grüße des Herrn Bundeskanzlers 1990 in Berlin überbringen. Er ist alter Herr der Burschenschaft Germania-Trier. Weniger als Burschenschafter bekannt sein dürfte dagegen Dieter Haack, SPD (Foto rechts unten) ehemaliger Bundesbauminister unter Schmidt. Er ist Alter Herr der Burschenschaft Bubenreuther-Erlangen. Auf einem Festkommers 1990 in Salzgitter polemisierte er gegen Lafontaine und dessen Verzögerungstaktik bei der Einverleibung der DDR durch die BRD. Er erhielt dafür "langanhaltenden Beifall" und einen "stolz donnernden Salamander" der "Festcorona".

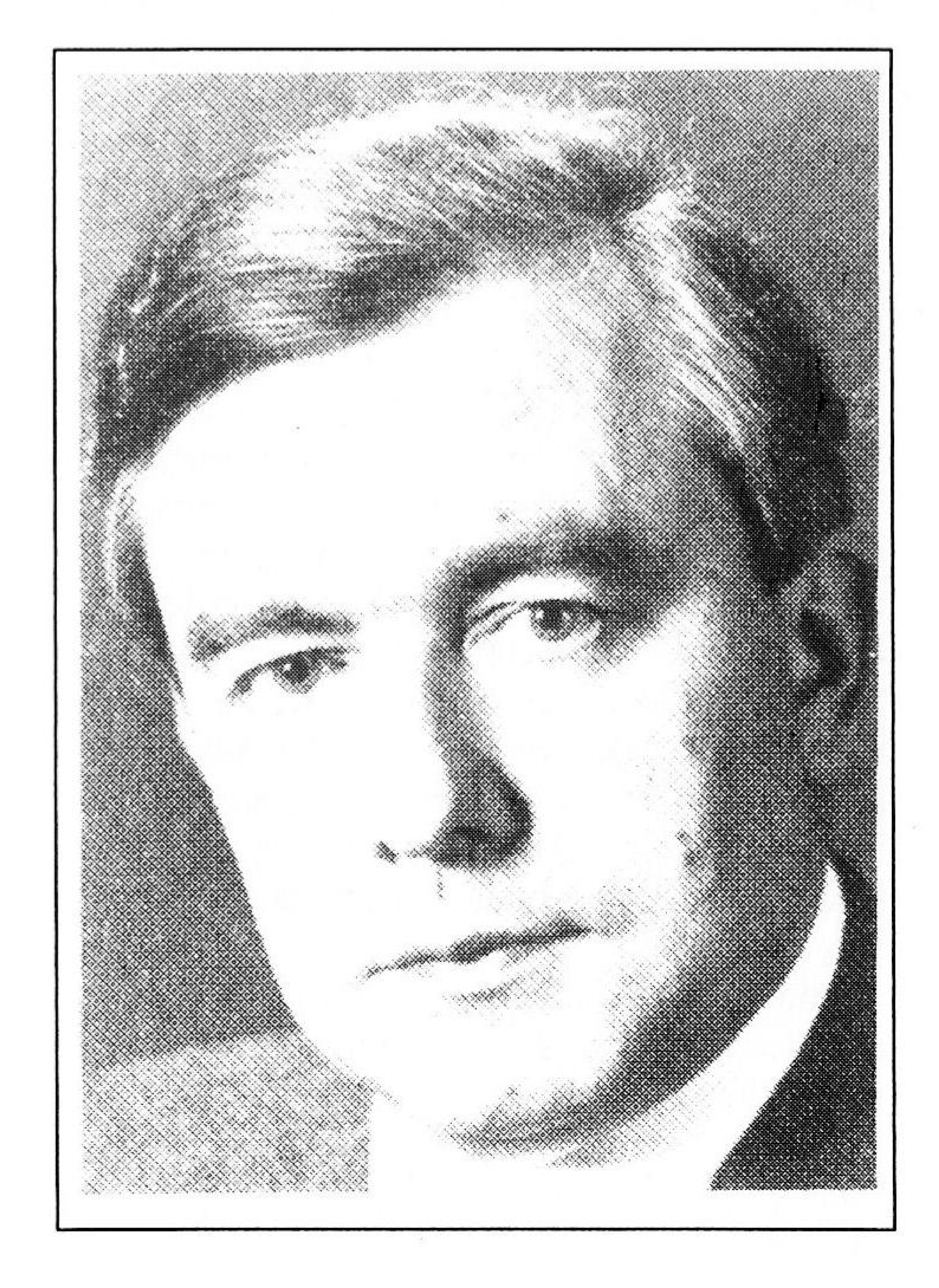
Daß die von Kopp angesprochenen Führungskräfte nicht aus den Fingern gesogen sind, belegt eine Selbsteinschätzung aus den BB 2/89. Auf einem Interkorporations-Workshop von Waffenstudenten aus der Industrie wurde festgehalten: "Die Gesamtzahl aller Korporierten, d. h. Angehörige schlagender und nichtschlagender Verbindungen, schätzten die Anwesenden auf 160 000. Hiervon wiederum dürften sich rund 40 000 in leitenden Positionen befinden." Die Frage jedoch, ob sie ein Eliteverband sind, "wollten die Teilnehmer nicht beantworten". Denn "Mitglieder, die aufgrund ihrer beruflichen oder gesellschaftlichen Position der Elite zuzurechnen wären", seien "der Diskussion hierüber längst überdrüssig... Sie bringt schließlich auch nichts."

Dazu paßt, daß Korporierte in ihren Lebensläufen, die sie z. B. im Handbuch über Bundestagsabgeordnete veröffentlichen, von ihrer Korporation kein Wort erwähnen. Die Einflußnahme läuft eher im stillen ab, da liegt ihre Stärke.

Diese Truppe wird sich im Oktober in Eisenach treffen. Sie werden feststellen, daß Deutschland größer ist als die BRD, sie werden sicher das "Deutschlandlied" in seinen drei Strophen grölen und einiges mehr. Querverbindungen zum organisierten Rechtsextremismus sind bei solchen Inhalten kein Zufall (so ist z. B. der Alte Herr **Karl Richter** von der Danubia inzwischen Chefredakteur von Nation Europa). Und sicher werden die Grußworte des Bundeskanzlers, wie auch der von FDP und SPD wie auf dem Burschentag 1990 in Berlin nicht fehlen. Von der CSU kann das gleich der Korporierte und Ministerpräsident **Max Streibl** übernehmen.

Diesem Aufmarsch deutschnationalen Ansinnens gilt es entgegenzutreten. Es gilt, Ziele und Geschichte dieser Herrschaften auch und gerade in Eisenach zu verdeutlichen. Wer Interesse hat, an der Vorbereitung von Gegenaktionen teilzunehmen, kann über das

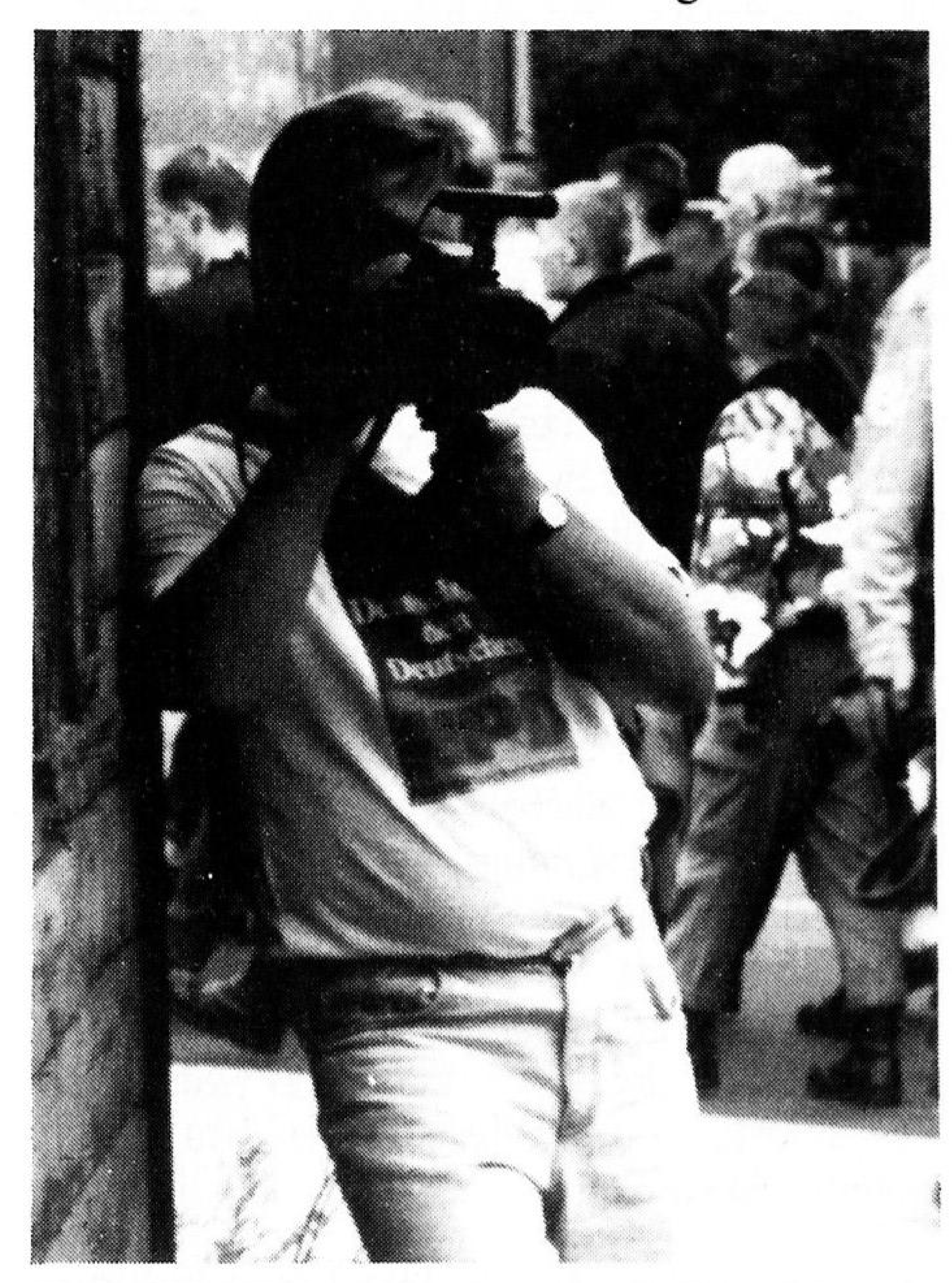
Antifa-Archiv-Osnabrück, Postfach 1211, 4500 Osnabrück, näheres erfahren.



Trotz Verbot: 2000 Neonazis marschieren

Zu dem in Neonazi-Kreisen schon traditionellen Rudolf-Hess-Gedenkmarsch trafen sich am 15. August mehr als 2000 Neonazis und marschiererten trotz eines Demonstrationsverbots mit "Rot Front verrecke" und "Sieg heil"-Rufen durch das thüringische Rudolstadt.

Zahlreiche Neonazi-Gruppen aus dem In- und Ausland hatten in diesem Jahr für den "Rudolf-Heß-Gedenkmarsch" im bayerischen Wunsiedel mobilisiert. Nach den Verboten für die Aufmärsche in Wunsiedel und Bayreuth, versuchten die Faschisten, nach Thüringen auszuweichen. 16 von 18 Städten reagierten eben-



Auch die NPD zeigte Interesse. Ungefähr 100 NPD-Mitglieder beteiligten sich an dem Neonazi-Aufmarsch

falls mit einem Verbot, darunter auch Rudolstadt. Als die 2000 Neonazis, die sich ungestört auf der Autobahnraststätte Hermsdorfer Kreuz gesammelt hatten, dann jedoch tatsächlich durch Rudolstadt marschierten, konnte die Polizeiführung stolz vermelden, daß sie den Ort weiträumig (vor AntifaschistInnen) abgesperrt und den friedlichen Verlauf des Nazi-Aufmarsches gewährleistet hätte.

Presse unerwünscht

Schon an ihrem Sammelpunkt hatten sich die Neonazis das Recht angemaßt, JournalistInnen Interviews und Fotografieren zu untersagen. **Thorsten Schönrock** aus Wilhelmshaven drohte: "Hier wird nicht fotografiert, sonst lasse ich meine Männer aufmarschieren!". Neonazis, die sich dennoch einem Interview stellten, wurden von den Ordnern, die sich am Wochenende vorher im niedersächsischen Hetendorf auf ihre Aufgabe vorbereitet hatten, abgedrängt. Lediglich der Anmelder der Wunsiedel-Demonstration **Berthold Dinter** (Herausgeber der neonazistischen Zeitschrift "Wehr Dich!") und der Hamburger Kühnen-Nachfolger **Christian Worch** konnten sich über dieses Gebot hinwegsetzen.

Der Grund für diese Pressescheu wurde bei der eigentlich verbotenen Kundgebung deutlich. Nach kurzen Reden des Ritterkreuzträger **Otto Riehs**, **Thomas Dienels** und des Präsidenten der französischen PNFE **ClaudeCornilleau** trat der "Samurai der extremen Rechten" der ehemalige Vorsitzende der in Frankreich verbotenen FANE, **Michel Leloup** an das Mikrophon und erntete mit Aussprüchen wie "Heute vernichten wir die letzten Kommunisten im ehemaligen Jugoslawien.... Morgen kümmern wir uns um die tyrannische Demokratie" wahre Beifallsstürme der Neonazis. Leloup, der sich

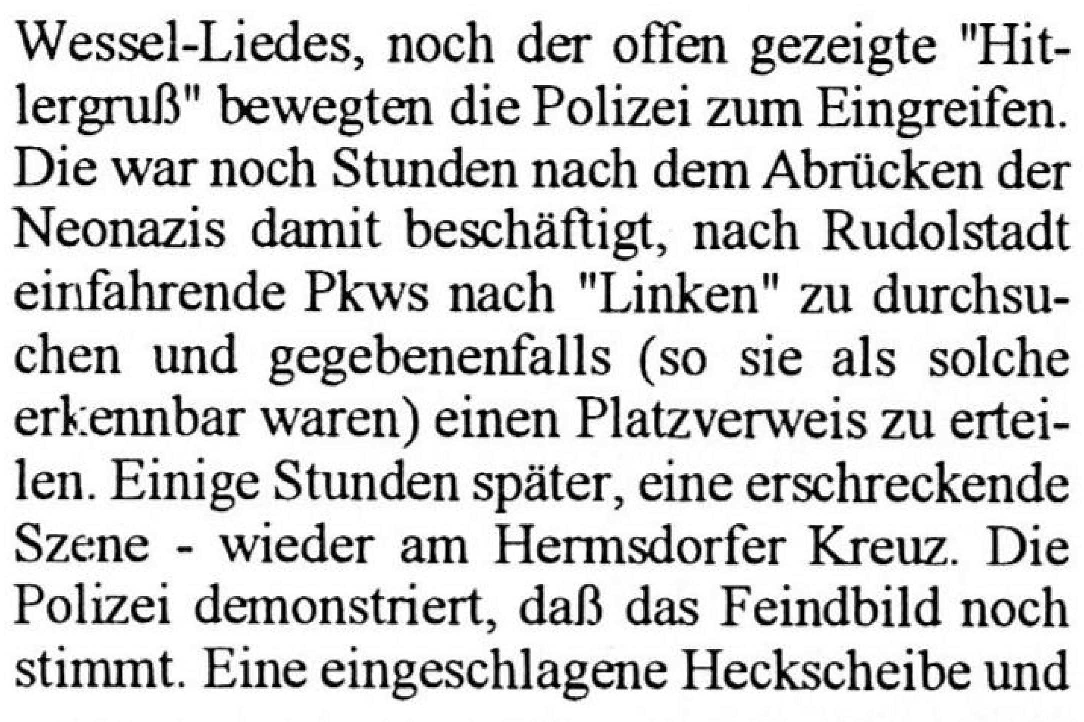




Während Michel Leloup (links am Mikro, dahinter Christian Worch) eine stürmisch beklatschte Brandrede hielt, erzeugte der Hauptredner Wolfgang Juchem (rechtes Foto, im Hintergund Thomas Wulff) eher Langeweile.

als Söldner nicht nur dem Irak angeboten hatte, sondern auch gegenwärtig in Kroatien durch das Ermorden von Menschen sein Geld verdient, drückte wohl das aus, was die zumeist jugendlichen Neonazis meinten, als sie während der Demonstration "Wir-kriegen-Euch-alle"-Sprechchöre skandierten.

Weder die drohenden Redebeiträge während der Kundgebung, noch das Singen des Horst-



Wessel-Liedes, noch der offen gezeigte "Hitlergruß" bewegten die Polizei zum Eingreifen. Die war noch Stunden nach dem Abrücken der Neonazis damit beschäftigt, nach Rudolstadt einfahrende Pkws nach "Linken" zu durchsuchen und gegebenenfalls (so sie als solche erkennbar waren) einen Platzverweis zu erteilen. Einige Stunden später, eine erschreckende Szene - wieder am Hermsdorfer Kreuz. Die Polizei demonstriert, daß das Feindbild noch stimmt. Eine eingeschlagene Heckscheibe und eine Bedrohung von Zivilpolizisten waren Anlaß für die Festnahme von mehr als 50 AntifaschistInnen. Mit gezogener Pistole wurden sie gezwungen, sich mit Kabelbindern die Hände auf den Rücken fesseln zu lassen und unter einer rigiden Polizeibewachung, die jegliche Gespräche verbot, bäuchlings über eine halbe Stunde auf dem Parkplatzbeton zu liegen.



Vorwiegend jugendliche Neonazis prägten das Bild des diesjährigen "Rudolf-Heß-Gedenkmarsches" in Rudolstadt.

Christoph Butterwegge

Thesen zur "multikulturellen Gesellschaft"

Überlegungen zu einer multikulturellen Gesellschaft legte Chr. Butterwegge vor. Diese Thesen, die sicher nicht bei allen AntifaschistInnen auf Zustimmung stoßen werden, stellen wir hiermit zur Diskussion und hoffen auf rege Resonanz.

1) Die "multikulturelle Gesellschaft" ist bislang eher ein - mißverständliches und mehrdeutiges - Schlagwort als ein in der Realität erprobtes Modell.

2)Der Begriff wird in zweierlei Weise benutzt: einerseits, um die gesellschaftliche Wirklichkeit zu beschreiben, andererseits im Sinne einer politischen Zielbestimmung. Mir scheint der Begriff in der ersten Bedeutung nichtssagend, wenn nicht irreführend zu sein. Denn die bloße Koexistenz mehrerer Volksgruppen auf demselben Territorium sagt wenig über ihre Beziehungen zueinander aus. Nur für das Miteinander, nicht für das Nebeneinander unterschiedlicher Ethnien ist der umstrittene Begriff zu verwenden. Sonst wäre ja selbst Auschwitz mit Lagerinsassen aus aller Herren Länder eine "multikulturelle Gesellschaft" gewesen!

3) "Multikulturell" meint nicht, daß es keine Probleme zwischen den verschiedenen Völkern oder Religionsgemeinschaften gibt, sowenig Demokratie politische Harmonie bedeutet. Konflikte müssen als unvermeidlich angesehen und gemeinsam einer Lösung zugeführt, das Zusammenleben sollte durch interkulturelle Erziehung "gelernt" werden, indem man die Unterschiede zwischen den Kulturkreisen als Bereicherung, nicht als Bedrohung der eigenen Existenz wahrnimmt.

4) Man wird nicht als Rassist geboren, sondern dazu im Laufe des Lebens "gemacht". Von der Wiege bis zur Bahre werden wir so beeinflußt, daß uns das/der Fremde abstößt statt aufgrund seiner Andersartigkeit reizt. Dieser Prozeß fängt spätestens im Kindergarten mit dem schwarzen Knecht Ruprecht an, der den Nikolaus begleitet und die kleinen Sünder/innen bestraft, erfolgt über Comics, Tarzan-Hefte und Trivialliteratur, aber auch über Juden- und Türkenwitze, Gewaltvideos und rassistische Computerspiele. Vermittelt wird er durch staatliche Institutionen, einflußreiche Organisationen und Massenmedien, die das Klima mit Horrorberichten über vagabundierende Sinti und Roma ("Zigeuner"), kurdische Dealer ("islamische Drogen-Mafia") und polnische Schlepperbanden, Schmuggler oder Schwarzarbeiter vergiften.

5) Klischees und Vorurteile gegenüber Menschen anderer Nationalität/Hautfarbe aufzubrechen reicht jedoch nicht aus. Vielmehr müssen Machtstrukturen und gesellschaftliche Normen grundlegend verändert werden, soll sich nicht immer wieder rassistisches Denken in den Köpfen festsetzen.

6) Wenn man unter eine "multikulturelle Gesellschaft" nicht bloß das (mehr oder weniger friedliche) Zusammenleben unterschiedlicher Volksgruppen im selben Land, sondern eine neue Form ihres Zusammenlebens versteht, gilt es, Gleichberechtigung und Rechtsgleichheit zwischen ihnen herzustellen. Denn zwischen Herrschern und Beherrschten, Unterdrückern und Unterdrückten, politisch-sozial Bevorzugten und Benachteiligten gibt es kein partnerschaftliches Verhältnis, das Voraussetzung für eine befriedigende Wechselbeziehung ist.

7) Das (kommunale) Wahlrecht für Ausländer/innen würde deren Integration fördern, die Demokratie stärken und den Rassismus auf Dauer vermindern. Es reicht jedoch keinesfalls aus, um Diskriminierungen zu beseitigen. Nötig wären darüber hinaus die Erleichterung der Einbürgerung, die "Entnationalisierung" der bei uns an das "deutsche Blut" gekoppelten Staatsbürgerschaft und die Ermöglichung doppelter Staatsbürgerschaften, aber auch Einwanderungs-, Niederlassungs- und Antidiskriminierungsgesetzte.

8) Die Migration bildet eine Schlüsselfrage der zukünftigen Entwicklung Europas, das als "Einwanderungskontinent" mit der intensivsten Binnenwanderung vor wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Problemen steht. Da Europa im Schnittpunkt der wohl wichtigsten Migrationsbewegungen: der Nord-Süd-Wanderung (aus der sog. Dritten Welt in die Industriestaaten) und der Ost-West-Wanderung (aus vormals "realsozialistischen" Staaten in die Marktwirtschaft) liegt, wird der Wanderungsdruck anhalten, wenngleich es an Panikmache grenzt, deshalb von einer "neuen Völkerwanderung" zu reden.

9) Stark beeinflußt wird die Situation durch Vollendung des EG-Binnenmarktes bzw. Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraumes 1992/93. Mit der Niederlassungsfreiheit/Freizügigkeit für Arbeitnehmer erhöht sich die Konkurrenz auf dem Stellenmarkt, wodurch die Gefahr brutaler Übergriffe gegenüber Ausländer(inne)n wächst.

10) Die Europäische Gemeinschaft muß zu einer multikulturellen Gesellschaft fortentwickelt werden. Europa braucht nicht nur die politische, Wirtschafts- und Sozialunion, sondern sehr viel dringender eine Konzeption zur Integration von Millionen Menschen unterschiedlicher Herkunft, d.h. ein Modell für ihr dauerhaftes Zusammenleben, das multikulturell sein wird.

Deutsch-russische Freundschaft?

In hessischen Bad Soden-Allendorf fand am 16. August unter Ausschluß der Öfefntlichkeit eine DVU-Veranstaltung statt. Beim Gastredner konnte DVU-Chef Frey mit einem "prominenter" Gast aufwarten. Der Vorsitzende der Liberal-demokratischen Partei Rußlands (LDPR) Wladimir Schirinowski erwiderte damit den Besuch Gerhard Freys jun. zum 3. Kongreß der LDPR. Schirinowski plädierte unter dem Beifall der rechtsextremen Zuhörerschaft für eine starke Regierung in Rußland. Dabei gestand er ein, daß eine solche Regierung aus westlicher Sicht durchaus als nicht demokratisch gelten würde.

Bei solchen Zukunftsaussichten erwachten in Gerhard Frey freundschaftliche Gefühle. Dem "lieben Freund Wladimir" wurde versichert, daß die nationale Rechte antiamerikanisch sei und in Frankreich immer noch den Urfeind sehe. Frey proklamierte die aus seinem Munde neue Forderung "Raus aus der EG, raus aus den Blöcken". Die deutsche Rechte habe nur ein Interesse - so erklärte er: "Mitteldeutschland". Und diese Interessen seien nur bei einem Bündnis zwischen einem starken Deutschland und einem starken Rußland zu verwirklichen.

Anti-Antifa

Die von Hans-Michael Fiedler (48) angekündigte Anti-Antifa schreitet nun zur Tat. Per Postfach 1615 in 8630 Coburg, mutmaßlich stammt das Postfach aus Fiedlers Zeit als Redakteur von NATION EUROPA, schreibt der Nationaldemokrat Hans-Michael Fiedler im vermeintlichen Szene-Jargon Adressen an, um an Informationen und Materialien zu gelangen. Wir wünschen dem Multi-Funktionär der extremen Rechten auch weiterhin viel Erfolg.

Nazi-TV

In den USA wird zukünftig Nazipropaganda per Ferseher in die Wohnzimmer gelangen. Unter dem Namen "Race and reason" wird in Kürze die NSDAP/AO einen privaten TV-Sender betreiben. Standort des Senders soll Tampa im Bundesstaat Florida sein. Geleitzet werden soll der Sender von **Herbert Poinsett**.

Haider in Stuttgart

Anläßlich der Jörg Haider-Veranstaltung am 7.September 1992 findet eine Demonstration unter dem Motto "Ein österreichischer Führer war genug! - NIE WIEDER DEUTSCHLAND!" statt. Die Route der Demonstration soll zum Veranstaltungsort, dem Kursaal in Stuttgart-Bad Canstatt, führen. Der dortige Ortsverband der FDP hatte den Vorsitzenden der FPÖ, Jörg Haider, ursprünglich für den 17.März eingeladen. Die Wahlkampfveranstaltung wurde jedoch unter dem Druck der Partei und der Öffentlichkeit auf den jetzigen Termin verlegt. Kurzfristig hatte die Deutsche Liga für Volk und Heimat FPÖ-Chef Haider eingeladen, am 28.März auf ihrer Kundgebung in Stuttgart zu sprechen: "Der FPÖ-Chef liegt programmatisch auf unserer Linie."

Andreas Speit, Andre Schlecht

Macht hoch die Tür, die Tor macht weit...oder: tödliche Diskussionskultur

Nachdem nun wohl feststeht, daß Teile der Neofa-Bewegung (REP/DVU) sich fürs erste fest in den Parlamenten verankern konnten, fällt punktuell mehr und mehr die Hemmschwelle, mit ihnen und nicht mehr nur über sie zu reden.

Angefangen hat es nach den ersten Wahlerfolgen Ende der Achtziger, massiv aufgefallen ist es nach den jüngsten Wahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein: Wie selbstverständlich können sie ihre rassistische und nationalistische bis faschistische Politik in den Sendungen direkt nach der Wahl dem Fernsehpublikum unterbreiten. Auch in ungezählten Talk-Runden sind sie inzwischen gerngesehene Diskussions-Gegner/-Partner. Wie wir uns an ihre Anwesenheit in den Parlamenten gewöhnt haben und uns sogar freuen, wenn sie - Gott sei Dank - mal unter 10 Prozent bleiben (vgl. Momper, taz vom 26.5.92, S.4), werden wir uns daran gewöhnen müssen, daß sie nun auch in den Medien ein Forum gefunden haben. Dieser Trend macht vor dem alternativen bis linken Blätterwald nicht halt. Ein Trendsetter ist "die tageszeitung", vorausschauend ließ sie während des Golfkrieges **Alain de Benoist**, führender Kopf der "**Nouvelle Droite**" erst in Frankreich und dann hier, zu Wort kommen. Am 15.5.92 veröffentlichte sie ein Gespräch zwischen **Henryk M. Broder** und **Franz X. Schönhuber**.
(Übrigens: Einige Tage vorher brachte das "Neue Deutschland" ebenfalls ein Interview mit ihm.)

Während es bisher mehr oder weniger Konsens war, ihn und seine Aussagen zu demaskieren oder wenigstens in einen wertenden Kontext zu stellen, läßt sich dieser gute Wille in dem taz-Gespräch nur noch schwerlich unterstellen. Während er bisher ins rechte Licht gerückt werden sollte, läßt Henryk M. Broder ihn diesmal es selbst tun. Neben Fragen zu seiner Person, ob er sich mißverstanden fühle, ob ihm Politik Spaß mache, stellt er ihm Fragen wie "Gibt es ein ausländerfeindliches Potential, das zu den Republikanern drängt?" und "Als in Hoyerswerda und anderen Orten die Asylbewerberheime überfallen wurden, als Sie die eingeschlagenen Fensterscheiben sahen, die verängstigten Menschen, was haben Sie da empfunden?". Unkommentiert darf er sich in seinen Antworten vom Nationalsozialismus des 3. Reiches, von Nationalismus, Rassismus und Gewalt distanzieren: Statt ihn mit nachweisbar rassistischer und nationalistischer Hetze seinerseits zu konfrontieren, stellt er ihm die nächste Frage. Und so verplaudern sie eine Seite.

Bewußt oder unbewußt bietet Broder Franz X. Schönhuber ein Forum, in dem er sich breitmachen und sich als demokratisch, weltoffen und rechtskonservativ denkende Persönlichkeit darstellen kann.

Das vielleicht vorhandene Feindbilddenken der Antifa-Bewegung mag zu kritisieren sein, als Pendant den Menschenfeind aus den Augen zu verlieren, kann doch wohl nicht Ergebnis der notwendigen Kritik sein.



Eine Fußnote der Geschichte

Henryk M. Broder im Gespräch mit „Republikaner"-Chef Franz Schönhuber

Auch in der TAZ: Selbstdarstellung Schönhubers

Broder muß sich den Vorwurf gefallen lassen, er würde sich mit Präsentation des wohl doch irgendwie sympathischen Schönhuber in den von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung mitinitiierten Anti-Antifaschismus-Diskurs einreihen. Grundtenor dieses schon seit Jahren laufenden Prozesses ist, wir müßten endlich die Normalität des Vorhandenseins faschistischer Ideologie(-Elemente) und ihrer offiziellen Vertreter in einer bürgerlich-parlamentarischen Gesellschaft akzeptieren, uns mit ihnen abfinden:
"Die Fixierung auf eine antifaschistische Mentalität, die überall verbohrten Rechtsextremismus wittert, erklärt nichts und führt nicht weiter", schreibt **Eckhard Jesse**, Vordenker des Anti-Antifaschismus, am 15.2.92 in der FAZ. Nun ja, bevor wir sie als die neuen Führer, die den Karren, besser: das Boot, aus dem Dreck christlich-liberaler-marxistischer Katastrophenwirtschaft zu ziehen in der Lage sind, sehen wollen, müssen wir uns erst einmal an ihren Anblick gewöhnen.

Nach Franz X. Schönhuber sind wir schon weiter: "Ja, nach den letzten Wahlerfolgen sind wir praktisch mit auf der Regierungsbank. Ich sitze dort wie eine Schattenfigur, ohne dort zu sein. Was die Parteien heute in der Frage Verbrechensbekämpfung, über die Änderung des Asylrechts sagen, sagen sie nicht aus eigenem Antrieb, sondern weil es mich gibt und weil die 'Republikaner' erfolgreich sind."

Bei dem sich immer schneller drehenden gemeinsamen Tanz auf dem Vulkan kann es schon einmal passieren, daß man einfach stehengelassen wird: "Es ist unglaublich, die Heuchelei der etablierten Parteien. Jeder Satz, den ich in der Frage des Asyls vor fünf Jahren gesagt habe, wurde als chauvinistisch, rassistisch, faschistisch verschrien. Heute findet kein Mensch etwas dabei, wenn Gauweiler sagt, das Boot ist nicht nur voll, das Boot droht zu kentern. Oder wenn Herr Farthmann von der SPD meint, man sollte die Asylanten beim Kopf und am Hintern packen und rausschmeißen. Das geht weit über das hinaus, was ich jemals gedacht und gefordert habe. Ich habe nie von der 'durchrassten Gesellschaft' gesprochen, dieser Satz ist per se falsch und auch inhuman."

Es mag in bestimmten Situationen sinnvoll sein, sich mit Rechtsradikalen auseinanderzusetzen, mit ihnen zu reden. Das Ziel, sie als das zu enttarnen, was sie sind, ihnen nicht die Möglichkeit zu geben, sich zu profilieren, darf dabei aber nicht verlorengehen. Unterschieden werden muß dabei zwischen Kadern und Mitläufern, klar, doch "Wir können doch nicht tolerieren, wenn sie darüber reden, ob wir noch leben dürfen oder nicht." Diese Aussage einer Frau aus der "Krüppelbewegung" anläßlich der Einladung **Peter Singers** zum Marburger Lebenshilfe-Symposium ("Bio-Technik - Ethik - geistige Behinderung") im Juni 1989 macht für uns deutlich, daß die Grenzen demokratischer Diskussionskultur dort gesetzt werden müssen, wo das Lebensrecht von Menschen in Frage gestellt wird und die Diskussionsfreiheit dazu mißbraucht wird, ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, in dem genau dieses wieder möglich wird, in dem die "Endlösung" wieder eine von vielen verschiedenen angebotenen Lösungsmöglichkeiten sein darf.

Graeme Atkinson

Unter dem Daumen - Nazis in Großbritannien

Die britische Neo-Nazi-Szene ist heutzutage gewalttätiger als in den letzten Jahren. Sie ist zahlenmäßig und politisch wesentlich schwächer als früher, und diese beiden Faktoren stehen in einer Relation zueinander.

Ein kurzer Blick auf die Mitgliederzahlen gibt einen Einblick der tatsächlichen Schwäche, verglichen mit der Größe der wie Pilze aus dem Boden schießenden Neo-Nazi-Szene in Deutschland. Es gibt drei Hauptgruppen der Faschisten:
Britisch National Partei (BNP) 3500 Mitglieder
Nationale Front (FN) 370 Mitglieder
Britische Nationalsozialistische Bewegung, 60 Mitglieder
Weiterhin gibt es die Skinhead-Verbindung "Blood and Honour" (Blut und Ehre, Anm. d. Übers.), geführt durch den Leadsänger der "Screwdrivers", **Ian Stuart Donaldson**, mit einer Unterstützung von 1600 Skins.

Es ist offensichtlich, daß die BNP, geführt durch den mehrfach vorbestraften Ex-NF-Führer **John Tyndall**, bei weitem mit mehr als 75 verteilten Ortsgruppen die stärkste Organisation in Großbritannien ist.

Die BNP versucht, sich zu einer legitimen politischen Partei aufzuwerten. Sie schneidet jedoch bei den Wahlen miserabel ab. Bei der allgemeinen Wahl im April war die BNP lediglich in der Lage, 13 Kandidaten zu nominieren. Führer Tyndall und sein Vertreter **Richard Edmonds**, welche Kandidaten in östlichen Londoner Wahlbezirken waren, erreichten jeweils fünf und drei Prozent. Die 13 BNP-Nazis erhielten alles in allem 7005 Stimmen, kaum genug, um die Welt aus den Angeln zu heben.

Während der gleichen Wahlen trat die NF in 14 Wahlkreisen an und erreichte noch schlechtere Ergebnisse hinsichtlich der Gesamtzahl von 4816 Stimmen.

Die BNSM, eine Kaderorganisation, nominierte keine Kandidaten; aber ihre Mitglieder halfen aktiv in der Kampagne der BNP, Flugblätter zu verteilen und für die Sicherheit bei den Wahlveranstaltungen zu sorgen.

Ein Blick auf die beschämenden Ergebnisse, die durch die Neo-Nazis erreicht wurden, macht klar, daß ihre rassistische und antisemitische Propaganda und Politik auf eine geringe Resonanz bei der "normalen" britischen Bevölkerung stößt. Außerdem - seit der Wahl geriet die NF in eine schwere Krise und steht nun am Rande eines kompletten politischen, finanziellen und organisatorischen Zusammenbruches. Was von der aktiven Mitgliedschaft übrigbleibt, die Schlüsselkader eingeschlossen, - die während der späten 70er Jahre in der "glorreichen Zeit" der NF rekrutiert worden waren, als sie noch 17000 zahlende Mitglieder zählte - trat entweder aus oder zur BNP über.

Die Zeitung "The Flag" und die Zeitschrift "Vanguard" erscheinen weniger regelmäßig als zuvor.

Es ist die BNP, die am gefährlichsten ist; die Gefährlichkeit ergibt sich aus der Verzweiflung, fast total gescheitert zu sein, irgendeine Art von Massenunterstützung zu erreichen. Blockiert durch den demokratischen Prozeß, unbeachtet durch alle anderen Parteien, ständig durch Searchlight angegriffen und gequält durch die Antifaschistische Aktion, AFA, ist die hauptsächliche politische Aktivität der BNP die Fortsetzung von Haß und Gewalt.

Tyndalls Organisation macht keinen Hehl aus ihrer rassistischen Orientierung, und es wurden 200.000 Exemplare der zwei Ausgaben des antisemitischen Haßblattes "Holocaust News" verteilt, welches den Holocaust verleugnet. Außerdem veröffentlicht die Organisation den monatlich erscheinenden "British Nationalist" (Auflage ca. 5000 Stck.) und Tyndalls persönliches Organ, das Magazin "Spearhead".

1990, nach der erschreckenden Verwüstung des jüdischen Friedhofes in Carpentras/Frankreich durch Faschisten, folgten ähnliche Vorfälle in ganz Europa. BNP-Aktivisten waren in Attacken gegen jüdische Friedhöfe und Besitztümer in London, Manchester und Schottland verwickelt.

Im letzten Jahr wurden mehrere Aktivisten der Partei, welche für "Law and Order" steht, u. a. auch Top-Verbrecher **Tony Lecomber**, wegen Gewaltverbrechen gegen Juden, Farbige, Asiaten und Antifaschisten inhaftiert.

Dies ist typisch und nicht im Mindesten überraschend, denn Tyndall ist seit den 50er Jahren ein aktiver Nazi und wurde unter anderem wegen Beleidigung, Verstoß gegen Gleichheitsgesetze, gegen die öffentliche Ordnung und Waffenbesitzes verurteilt.

Sein Vertreter, Ex-Schullehrer Richard Edmonds, hat ebenfalls ein Vorstrafenregister wegen Sachbeschädigung (er beschädigte eine Statue von Nelson Mandela), und des Besitzes von Waffen.

Traditionell war Tyndall immer ein "kleiner Engländer", ein sehr britischer Nazi, aber in den letzten drei Jahren begann er, über einen seiner Leutnants, **John Peacock** aus Leicester, ernsthafte internationale Verbindungen zu schaffen.

Im Juni und Juli dieses Jahres wurde ein Rechtsanwalt des amerikanischen Ku-Klux-Klans, **Kirk Lyons**, von einem Vertreter der Auschwitz-Lüge, **David Irving**, nach Großbritannien eingeladen. Diese Treffen, hauptsächlich besucht von BNP-Aktivisten, wurden in Schottland, Yorkshire und London abgehalten. Im Mai 1991 war Tyndall in den USA, wo er Treffen mit Neo-Nazi- und KKK-Gruppen sowie einschlägigen Kontaktpersonen wie **Willis Carto**, abhielt. Letzterer ist ein Nazi-Finanzier des in Los Angeles seßhaften "**Institute for Historical Review**". Die BNP hat außerdem Verbindung zu Neo-Nazis in Europa, einschließlich der holländischen Veteranen, der "Schwarzen Witwe" **Florie Rost van Tonningen**, der terroristischen französischen Partei **Parti Nationaliste Francais** sowie zum verurteilten deutschen Terroristen **Manfred Roeder**. Roeder sollte auch an der jährlichen Konferenz der BNP 1990 teilzunehmen. Es wurde ihm aber verboten, Großbritannien zu betreten, nachdem die Behörden durch Searchlight über seine Aktivitäten informiert worden waren. Obwohl Roeder protestierte und sich von der britischen Polizei ungerecht behandelt fühlte, wurde er durch einen anderen deutschen Nazi, den weniger bekannten **Karl Philipp**, aus Frankfurt, vertreten. Als sogenannter Journalist und "Honorarkonsul für die Fidji-Inseln" hat das aus Frankfurt stammende Ex-NPD-Mitglied Philipp enge Beziehungen zur BNP. Er ist eine einflußreiche Person in der internationalen Szene aufgrund seiner Verbindungen zu Generalmajor **Otto Ernst Remer**, **Christian Worch**, **Ewald Althans** und der revisionistischen historischen Szene. Letztere ist besonders wichtig. Zum Beispiel fungiert Philipp als deutscher Korrespondent des antisemitischen "Radio Islam". Dieses sendet in Stockholm und wird durch **Ahmed Rami** organisiert, einem aufsteigenden Stern am Horizont der Revisionisten.

Es scheint, daß der Kontakt mit Philipp in der BNP dazu führte, Roeder fallenzulassen, um sich nun in der Nähe der "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF) von Worch/Küssel zu orientieren.

Zum ersten Mal waren "britische Patrioten" der BNP 1991 bei der Heß-Gedenkfeier in Bayreuth präsent, sie trugen ein Plakat mit der Aufschrift: **Rudolf Heß**, Held und Märtyrer. Nachdem sie zusammen mit einem Mob von 30 Skinheads und Verbrechern teilgenommen hatten, kehrten Peacock und Edmonds voller Lob für die Führer der GdNF **Gottfried Küssel** und Christian Worch aus Deutschland zurück.

In der letzten Zeit wurden im März in London Diskussionen abgehalten zwischen Tyndall, Edmonds und dem Mann, der "gern Führer wäre", Ewald Althans. Wieder war die BNP beeindruckt.

Ein Ergebnis: Auch in diesem Jahr wird eine Busladung BNP-Verbrecher durch Wunsiedel oder Bayreuth marschieren, zusammen mit dem belgischen Nazi **Bert Eriksson**, der PNFE sowie Nazis aus verschiedenen anderen europäischen Ländern.

Weiterhin plant die BNP bereits über ihre eigene internationale Bewegung, den Euro-Ring, Delegationen zum jährlichen Nazi-Fest in Diksmuide in Belgien im August und zum jährlichen Treffen der spanischen CEDADE Organisation in Madrid im November zu entsenden.

Wie für die Leser offensichtlich wird, ist die BNP sowohl zu Hause als auch im Ausland sehr aktiv. Das Gleiche gilt für die Blood an Honour (B&H) Skin-Musik, welche ein Reservoir für die BNP und die Britische Nationalsozialistische Partei ((BNSM) darstellt. Mit einem 1600-Mann starken harten Kern und einem Umfeld von einigen Tausend hat B&H einen Ruf für rassistische Gewalt. Für den Zusammenhalt durch Skinhead-Musik fördert B&H Nazi-Bands wie Skrewdriver, 'Skullhead und No Remorse. Mitglieder aller dieser Bands wurden bereits wegen Gewalttaten verurteilt. 1991 wurden Mitglieder der beiden Bands Skrewdriver und Skullhead aufgrund tätlicher Angriffe inhaftiert. Die Musik-Szene liefert einen Umsatz von Tausenden von DM durch den Verkauf von Platten, Cassetten, CDs, T-Shirts, Buttons, Poster der Waffen-SS und anderen "Zubehörartikeln". Produziert wird durch den offenen Nazi-Musikverlag Rebelles Europeens in Brest/Frankreich, während einige Platten noch in Brühl, Westdeutschland, von "Rock-a-Rama"aufgelegt werden. Von Großbritannien aus wird diese Art von Musik an einen wachsenden internationalen Markt verkauft. Dies geschieht durch Thunor Services, einer Privatfirma in London.

B&H hat extensive internationale Kontakte, besonders nach Schweden, wo Donaldson eine Schlüsselfigur hinter der schwerbewaffneten Terroristen-Gruppe Vit Ariskt Mostand war, sowie in den USA zu KKK-Gruppen.

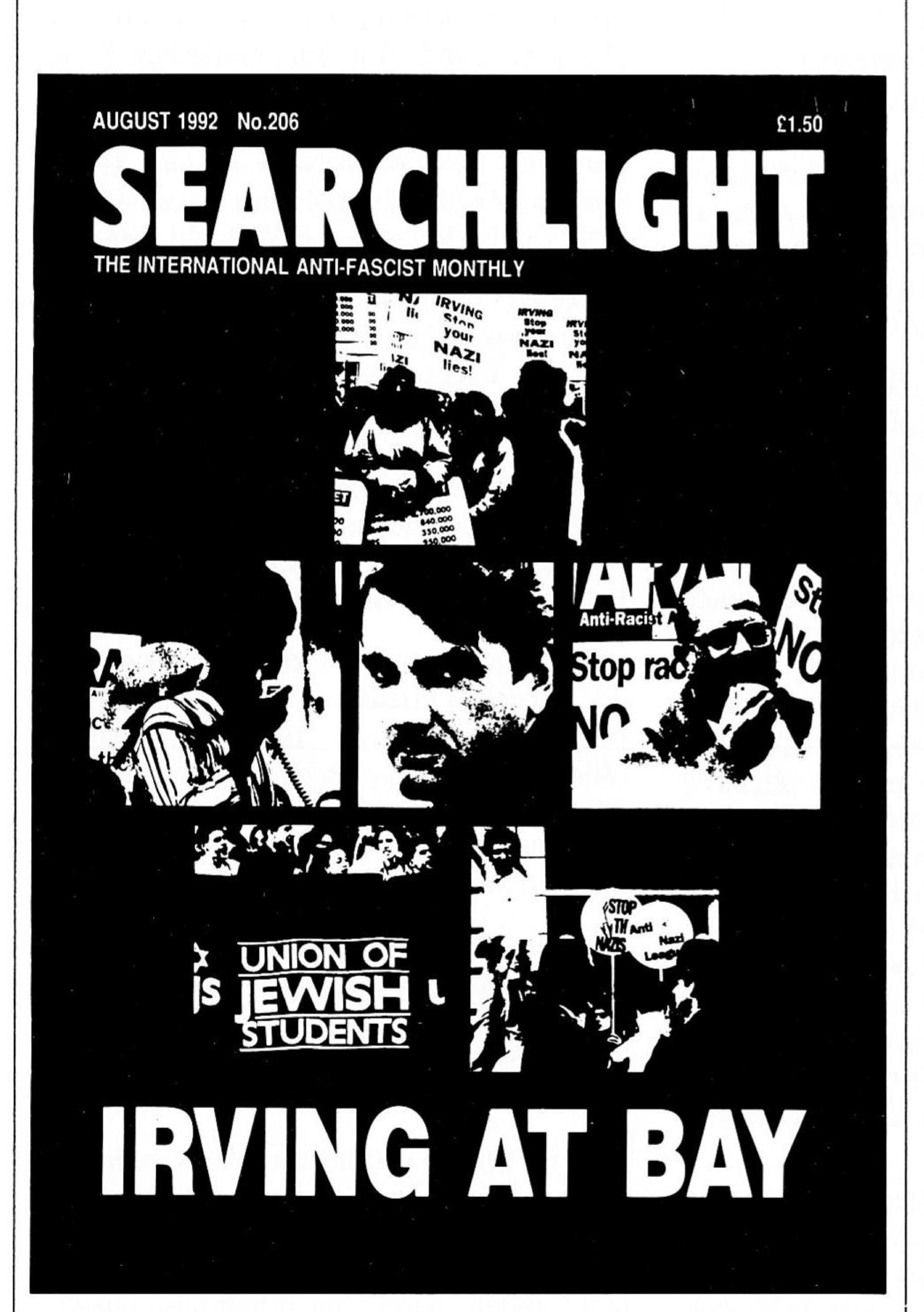
Wie die BNP hat auch die B&H Wurzeln in Deutschland geschlagen. Im letzten Herbst wurden am Abend eines Konzerts in Cottbus fünf Personen aus dem Mob der Skrewdrivers, einschließlich zweier Bandmitglieder, verhaftet, da sie einen jungen Antifaschisten niedergestochen hatten. Skrewdriver war durch den örtlichen Führer der GdNF-orientierten "deutschen Alternative", **Frank Hübner**, zu einem Konzert in der Nähe von Cottbus eingeladen worden.

Vor kurzem wurde Skrewdriver bei einem Skinhead-Treffen in Stuttgart gesehen. International wird B&H in der rassistischen Skinhead-Szene stark respektiert; Skrewdriver dient ihr als Vorbild.

Ein besonderer Aspekt im Netzwerk der BNP sowie des B&H ist seit 1989 die enge Verbindung zu Vertretern der Leugnung des Holocausts, insbesondere zur Schlüsselfigur David Irving. Irving, der immer pro-faschistisch war, hat sich nun offen den gewalttätigsten Elementen in der internationalen Szene angeschlossen. Nach seiner langen Kooperation mit **Gerhard Freys** DVU wechselte er nun zu einer Kollaboration mit der GdNF und der "Nationalen Offensive". Parallel zu dieser Entwicklung kollaboriert Irving in Großbritannien mit der offenen Nazi-BNP. Zu seinen Treffen stellt die BNP die meisten Zuhörer und zusammen mit B&H-Fans einen Großteil der Sicherheitskräfte.

Es existieren weitere Gruppen, die jedoch keinen Einfluß in Großbritannien oder im Ausland haben. Zum Beispiel zerfielen die "Political Soldiers", die einst die NF kontrollierten, in zwei Gruppen: The Third Way, geführt von **Patrick Harrington** und International Third Position, geführt von **Nick Griffin**. Dies geschah, nachdem Searchlight in den Besitz der Computer-Mitgliederliste geriet und der Zusammenhang mit dem Britischen Geheimdienst MI6 öffentlich wurde. Außerdem wurde die Tatsache bekannt, daß sie Gelder aus Libyen und dem Iran erhielten für die Organisation von antisemitischen und anti-zionistischen Kampagnen.

Keine dieser Gruppen besitzt große Unterstützung, aber es war interessant, mit anzusehen, als im November letzten Jahres Irving eine Zusammenkunft in London organisiert hatte, zu der ein Vertreter der Auschwitz-Leugner eingeladen worden war, **Fred Leuchter**. Nick Griffin war verantwortlich für die Sicherheit, BNP-Mitglieder waren ihm unterstellt. Das Treffen wurde unterbrochen, als die Polizei erschien und Leuchter mitnahm, da er sich illegal in Großbritannien aufhielt.



Das Antifamagazin Searchlight berichtet regelmäßig und fundiert über Neonazis in Großbritannien und Europa

Ebenfalls vorhanden, aber nicht sehr aktiv, ist der KKK mit einer Mitgliederzahl von 200 bis 300, rekrutiert aus Leuten, die schon in der BNP, B&H aktiv sind, außerdem in BNSM. Diese besteht aus den Resten der britischen Bewegung, welche in den 70 er und frühen 80 er Jahren aktiv war. Der KKK hat ein sehr geringes Ansehen behalten, nachdem Searchlight im Juli 1990 enthüllte, wer sich hinter den "White Sheets" verbarg.

Der einzige Aspekt des Interesses für deutsche Leser über die BNSM ist die Tatsache, daß ihr Führer, **Danny Tolan** unter dem Namen **O Dan** in regelmäßigem Kontakt mit der GdNF stand. Zu **Kühnens** Lebzeiten erschien sein Name regelmäßig in der Schrift der "Neuen Front". Doch mit dem zunehmenden Einfluß der BNP verliert Tolan an Bedeutung.

Zusammenfassend in diesem Artikel, der notwendigerweise einige Fakten auslassen mußte, muß deutlich gemacht werden, daß, abgesehen von unterschiedlichen politischen Bedingungen, die britischen Nazis schwach sind. Dies liegt an der antifaschistischen Bewegung, geleitet durch Searchlight und die Antifaschistische Aktion AFA, die ihnen geringen Spielraum lassen, sich politisch zu organisieren.

Searchlights scharfe Veröffentlichungen, zusammengetragen von Informationen, die durch eine kleine Anzahl von Informanten bzw. Infiltration geliefert werden, sowie die rücksichtslose Opposition der AFA gegen die Nazis auf der Straße sichert, daß die Nazis sich nicht ausbreiten können und werden.

Die Probleme, vor denen britische Antifaschisten stehen, kann man nicht mit den enormen Problemen der deutschen Freunde vergleichen; Unterschiede, die aus einer völlig anderen historischen und politischen Kultur resultieren.

Searchlight und die AFA akzeptieren diese Schwierigkeiten, wie unsere Anstrengungen der internationalen Solidarität - in Zusammenarbeit mit den schwedischen Antifaschisten Stoppa Rasismen - bereits bewiesen haben.

Wir sind entschlossen, die britischen Nazis daran zu hindern, die gleichen Erfolge zu erreichen, wie ihre deutschen Anhänger.

Somit kann gesagt werden, daß die britischen Nazis ein immer ungemütlicher werdendes Leben führen. Wir haben die Nazis unter unserem Daumen - und beabsichtigen, dies auch weiterhin so zu handhaben.

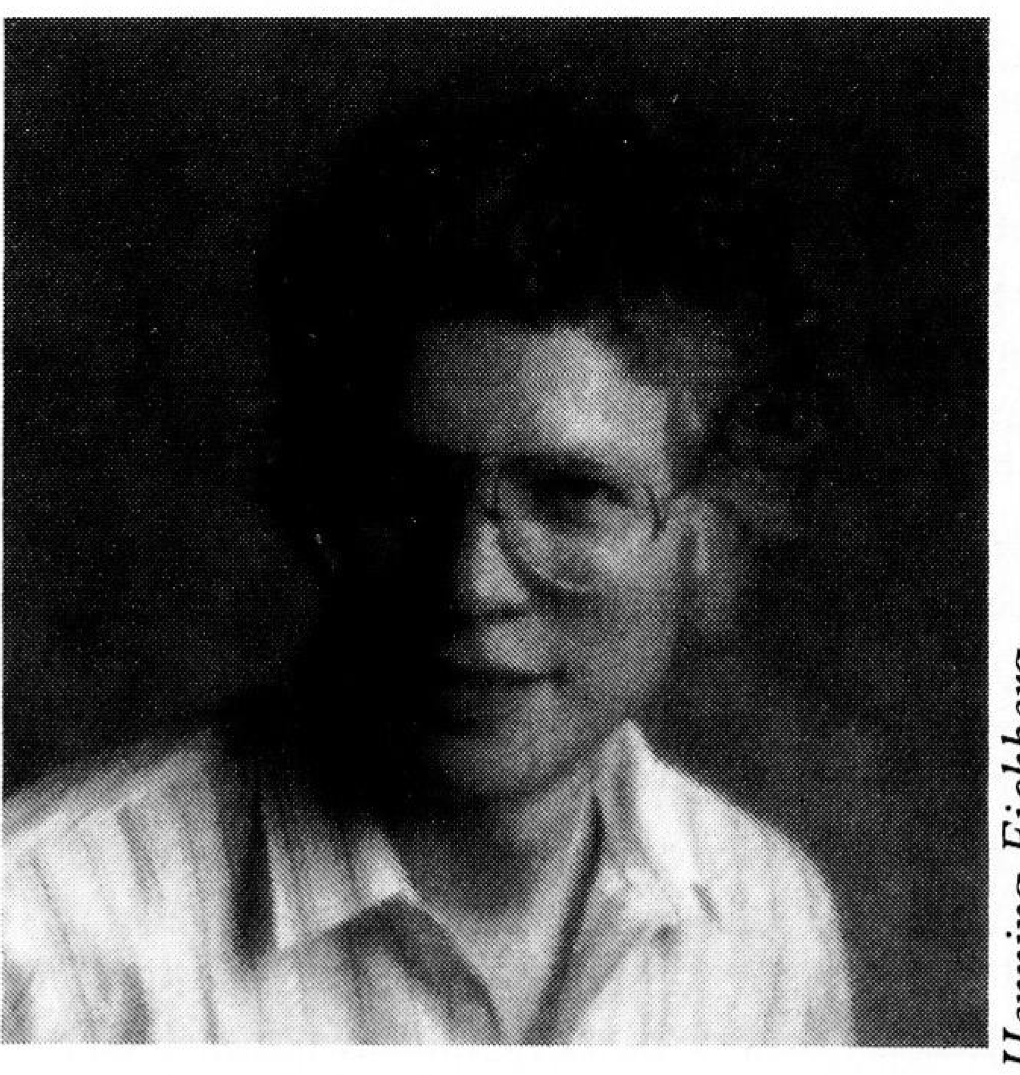
Graeme Atkinson, europäischer Verleger des internationalen antifaschistischen Magazins Searchlight, Produktionsassistent des antifaschistischen Films "Wahrheit macht frei" von Michael Schmidt.

Alois Pfreimdt

Kommt jetzt Eichberg ?

Sein Einfluß in der SPD wächst dank Peter Glotz

Die Auseinandersetzungen der 80er Jahre um die Vordenker der »Neuen Rechten« scheinen heute für manche vergessen zu sein, obwohl ihre Lehren aufgrund des Rechtsrucks der deutschen Gesellschaft jetzt wichtiger denn je sind. Vorbei sind die Zeiten, als ein SPD-Parteivorstands-Referent wie Tilman Fichter öffentlich und in sozialdemokratischen Publikationen dafür zur Rechenschaft gezogen wurde, daß er 1985 eine von Nationalrevolutionären verfaßte "Denkschrift" zur Wiedervereinigung Deutschlands gemeinsam mit Alten Nazis und Neofaschisten unterzeichnet hatte.



Henning Eichberg

Fichter leitet heute die Parteischule der SPD. Regten sich linke Sozialdemokraten 1986 noch darüber auf, daß der »neurechte« Chefideologe **Henning Eichberg** im quasi SPD-offiziellen "Lexikon des Sozialismus" schreiben konnte, das von der damaligen Leiterin der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD, Susanne Miller, dem Leiter des Willy-Brandt-Büros Karl-Heinz Klaer und dem leitenden Funktionär der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und Parteitheoretiker Thomas Meyer herausgegeben worden war, so veranlaßt die Tatsache, daß Nationalrevolutionär Eichberg im Dezember 1991 nun sogar in der SPD-Theoriezeitschrift "Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte" (NG) publizieren kann, anscheinend nur noch zu einem Achselzucken. Die Zeitschrift wird von der FES herausgegeben. Dazu paßt, daß der Stiftungs-Vorsitzende und Freireligiöse **Holger Börner** noch 1988 die SS-Verbrecher- und Nazi-Sekte "Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft e. V." (DUR) in deren Zeitschrift "unitarische blätter" für ihre "Umweltpolitik" lobte und sich andernorts vehement vor die von AntifaschistInnen angegriffene Sekte stellte. Bei der DUR wiederum trat auch Eichberg mehrfach auf, in den "unitarischen blättern" wurden Eichbergs Bücher immer positiv rezensiert, der DUR-Ideologe **Hubertus Mynarek** gehörte neben Tilman Fichter auch zu den Unterzeichnern der nationalrevolutionären Wiedervereinigungs-"Denkschrift". Sind das schon nationalrevolutionäre Netze innerhalb der SPD oder erst der Anfang davon?

Gefährlicher als nur naiv

Die Begründung des NG-Chefredakteurs **Peter Glotz** für den Abdruck des Eichberg-Artikels schreckt auf. Nicht, weil Glotz seit langem schon ein ungeklärtes und widersprüchliches Verhältnis zu Eichberg und seinem neofaschistischen Ideologie-Ansatz hat, wie er z. B. 1989 in seinem Buch "Die deutsche Rechte. Eine Streitschrift" deutlich machte. Vielmehr erschreckt die Naivität, die Glotz hier - ***nach*** Auschwitz, muß man daran erinnern ?! - präsentiert: Die NG sei "nicht weniger offen als das 'Tagebuch' Leopold Schwarzschilds, eines jüdischen, linksliberalen Publizisten, der 1929 Ernst Jünger zu Wort kommen ließ". Ist Glotz, sind die SPD-Theoretiker durch die Erfahrungen des deutschen Faschismus nicht klüger geworden, als es Schwarzschild 1929 sein konnte? Mehr noch, Glotz sieht in dem Neuaufguß der »Konservativen Revolution« der 20er Jahre, den Eichberg präsentiert, sogar einen Jungbrunnen für die zweite deutsche Demokratie: "Die späte Bonner Republik braucht Kontroversen", rechtfertigt er den Abdruck des völkischen und gegen die Prinzipien von 1789 gerichteten Eichberg-Artikels in seinem Blatt, "sie erstickt sonst an ihrem Konformismus". Eine gefährliche These angesichts der Tatsache, daß die Weimarer Republik doch gerade an der völkischen Bewegung/ »Konservativen Revolution« und den von ihr vertretenen antidemokratischen bis faschistischen Positionen zugrunde ging, keineswegs aber an einer allzu konformen Übereinstimmung mit »Freiheit - Gleichheit - Solidarität«.

Es scheint so, als hätte Eichberg, der Anfang der 80er Jahre im grün-alternativen Bereich engagiert war und hier unfreiwillig für klärende und die »Neue Rechte« richtigerweise ausgrenzende Kontroversen sorgte, heute - ungeachtet dieser Klärungen - den größten Einfluß in der SPD und ihrem Umfeld. Lange schon ist dies nicht mehr auf die »Berliner Gruppe« um Glotz, Fichter, den im Hintergrund einflußreichen Willy-Brandt-Sohn **Peter Brandt** (ein alter Eichberg-Förderer) und den von ihnen mit gepuschten Publizisten **Thomas Schmid** beschränkt - letzterer in seinen NG-Artikeln ein Apologet eines »neurechten« Ethnopluralismus, der die alte Eichberg-These von den "Stammesunterschieden" innerhalb Deutschlands, die in einer Art Völkerzoo der Apartheid zu schützen seien, einschließt. Dazu passen dann die jüngsten Äußerungen Schmids zum Konflikt in Jugoslawien gut - dem momentan bedeutendsten Praxisfeld des Ethnopluralismus -, die an Kriegstreiberei grenzen: Deutschland soll den »Völkern« Jugoslawiens den Zoo notfalls militärisch einrichten.

Auch in der Europa- und der Nord-Süd-Politik gibt es innerhalb der SPD ein unreflektiertes Anknüpfen an nationalrevolutionäre Positionen der "nationalen Identität". Das zeigte sich z. B. schon 1985 in einem NG-Gespräch, in dem Glotz "die Mentalitätsgeschichte der kleinen europäischen Völker" beschwor und - auch mit Blick auf den Balkan; man sieht heute das Ergebnis - deren "kulturelle Eigenständigkeit" als "politisch förderungswürdig" ausgab, schließlich sogar altbekannte Assoziationen weckte, als er eine angebliche "Gefährdung europäischer Kultur" durch eine "große amerikanisch-israelische Kino-Kette" heraufziehen sah, die von San Franzisco bis Bombay den "Weißen Hai" zeige; und so werden auch die Juden nebenbei und wieder einmal aus der europäischen Tradition ausgegliedert.

Die »Dritte Welt« als Völkerzoo

Dasselbe zeigte sich wieder im Mai 1992 rund um die SPD-Konferenz "Globale Entwicklung - Die Verantwortung des Nordens". Den Forderungen der immer mehr verarmenden Massen des Südens nach gleichberechtigter Teilhabe an den Errungenschaften der Menschheitsentwicklung - technisch, politisch und kulturell - werden Ermahnungen zum Konsumverzicht und eine Gegnerschaft gegen "aus dem Norden importierte Technologien" entgegengesetzt; verlogene romantische Vorstellungen über das Leben der Indianer und Afrikaner im Dschungel werden gepflegt ("Kulturen und Lebensverhältnisse unmittelbar und unverfälscht kennenlernen"; aber waren es nicht die Häuptlinge, die ihre eigenen Leute als Sklaven verkauften?); angebliche "wirkliche Lebensqualität" soll im Süden nicht mehr über materielle Forderungen erreicht werden, "nicht durch immer mehr Konsum, sondern durch innere und äußere Harmonie" (so z. B. mehrere Autoren im SPD-"Nord-Süd-Infodienst" vom Juni 1992). Die Empfehlung, mit der Pflege von »nationaler Identität« und Stammestraditionen zur "inneren Harmonie" mit sich selbst zu kommen, wurde bereits vor mehr als zehn Jahren von Eichberg als Alternative zu einer fortschrittlichen Entwicklungspolitik präsentiert - mit dem faktischen Ergebnis der Zementierung der Armut im Süden und des Reichtums im Norden, legitimiert über den »Schutz« verschiedener "nationaler Identitäten" im Völkerzoo weltweiter Apartheid. Die Menschen des Südens werden bei dieser Verteilung nicht nach ihren Teilhabe-Wünschen gefragt, vielmehr wird ihnen ihre Armut, ihre Kindersterblichkeit, ihre geringe Lebenserwartung, die intellektuellen Borniertheiten des Urwalds usw. als "nationale Identität" verkauft, an der nicht zu rütteln sei - als "der eigene Weg der Völker", so Eichberg im Dezember 1991 in der NG.

Ein Auf-Rechter macht Karriere

Bei alldem wird wohl »vergessen«, daß Eichberg Zeit seines Lebens kontinuierlich auf der extremen Rechten Politik gemacht hat: als Schüler in den 50er Jahren bei **Otto Strassers** "Deutsch-Sozialer Union" (DSU), als Student in den 60er Jahren beim NPD-Studentenverband "Nationaldemokratischer Hochschulbund" (NHB), in den 70er Jahren bei der "Ak-

tion Widerstand" (Parole: "Willy Brandt an die Wand!"), in der "Göttinger Runde" des neofaschistischen Multi-Aktivisten **Hans-Michael Fiedler** und als Kopf und Mitbegründer der "Aktion Neue Rechte" (ANR) sowie in der Stasser-orientierten Gruppe "Sache des Volkes/Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation" (sämtlich NPD-Ausgliederungen), seit den 80ern schließlich als Hauptautor der ursprünglich aus der NPD kommenden, dann aber zeitweilig Schönhuber und die REPs stützenden Zeitschrift "wir selbst". Eichberg gehörte hier überall zu den ideologischen Köpfen, er vertrat offen rassistische Positionen und schwafelte von der "revolutionären Idee der Apartheid", die "neue und humane rassische Gegebenheiten schuf", bis er merkte, daß mit dem scheinbar unverfänglichen kulturalistischen Konzept der "nationalen Identität" dasselbe Ziel bis weit in die Alternativbewegung und die Sozialdemokratie hinein besser vertreten werden kann, wo man angesichts eines offenen Rassismus noch aufschrecken würde. In seinem Hauptbuch "Nationale Identität" von 1978 klagt er über "ein afrikanisiertes Paris, ein ethnisch gesichtsloses Brüssel und ein Berlin-Kreuzberg mit 20 % Türken" als "Bedrohung der Zentren" des Nordens. In der NG 1991 darf er dann mit Glotzens Segen den nordisch-völkischen Schriftsteller **N. F. S. Grundtvig** vorstellen, einen Urvater der historischen völkischen Bewegung und der heutigen »Neuen Rechten«.

Mechtersheimer und Eichberg bei Wolfgang F. Haug

Eine von vielen für möglich gehaltene Option Eichbergs, staatlich finanziert gegen Kreuzbergs Türken hetzen zu können, ist gerade geplatzt. Peter Glotz hatte die besten Aussichten, Präsident der zur Elite-Hochschule umzudrehenden Humboldt-Universität zu werden, an der bereits Eichbergs ideologischer Zwilling **Rudolf Bahro** eine biologistisch-sozialdarwinistische Professur für "Sozialökologie" inne hat. Glotz fiel als »Wessi« durch, nicht als Rechter. Die Wetten unter AntifaschistInnen, daß ein Präsident Peter Glotz mit einer Professur für Eichberg dessen »Heimkehr« aus dem dänischen "Exil" - wie es Eichberg nennt - ermöglichen würde, waren verfrüht. Dennoch: vorbei sind die Zeiten, als man an der Humboldt-Uni stolz die in Erz gegossene 11. Feuerbach-These herzeigte.

Ein in diesem Sinne verfrühtes Probesitzen veranstaltete der nationalrevolutionäre Chefideologe Eichberg über Pfingsten 1992 während der links-alternativen "Volksuni" an der Humboldt-Universität. Dieser linke Kongreß - Ende der 70er Jahre von Wolfgang Fritz Haug und der "Argument"-Gruppe ins Leben gerufen; (heute sitzen im Kuratorium neben den Haug-Leuten z. B. auch Glotz und Bahro): hatte jetzt den "wir selbst"-Autor **Alfred Mechtersheimer** eingeladen, dessen Vortrag zu heftigen Protesten aus dem Antifa-Lager und zu einer breiten Auseinandersetzung über den Einfluß der »Neuen Rechten« führte. Der "plurale Marxist" Haug verteidigte die Mechtersheimer-Einladung und hatte wohl nicht damit gerechnet, daß der "Friedensforscher" gemeinsam mit Eichberg anrücken würde, der die günstige Gelegenheit nutzte und bereitwillig seine Visitenkarten verteilte. Mechtersheimer hatte bereits 1991 auf der "Volksuni" einen Vortrag "Antiamerikanisch - weshalb eigentlich nicht!" gehalten, ein Thema, das auch Glotz seit Jahren in zahlreichen Artikeln und Interviews variiert. Der offenbar universell verwertbare Vortrag, den Mechtersheimer heute über sein "Friedenskomitee 2000" als Flugblatt verbreitet, war dann schnurstracks von dem Neonazi-Auschwitz-Lügner-Blatt "Sieg" und auch von Eichbergs "wir selbst" nachgedruckt worden. Trotz mehrfacher Aufforderungen weigerte sich Mechtersheimer auf der "Volksuni" 1992, sich hiervon und von seinen neofaschistischen Freunden aus der Eichberg-Szene zu distanzieren; auch weigerte er sich, rechtliche Schritte wegen des angeblich unautorisierten (?) Abdrucks gegen "Sieg" zu unternehmen. Statt dessen vertrat Mechtersheimer nun mit Eichbergs verbaler Unterstützung gemäßigte »Ausländer-raus!«-Parolen (z. B.: es gebe kein Recht auf Fremde, nur eines auf Heimat, alle müßten in ihre jeweilige Heimat gehen); er sprach sich gegen eine multikulturelle Gesellschaft aus, die die "Einheimischen" wie die "Fremden" nur von ihrer "nationalen Identität" entfremde und verteilte zu allem Überfluß ein selbstgefertigtes Werbeblatt für die neofaschistische Zeitung "Junge Freiheit" (JF), die seit einem Jahr von Mechtersheimer unterstützt wird. JF bringt ebenso Werbeanzeigen für rechtsextremistische Blätter und Verlage, die der Verfassungsschutz observiert (z. B. "Nation und Europa", z. B. Grabert-Verlag), wie ideologische Artikel des Kopfes der Neofaschisten, Alain de Benoist, oder von Personen, die seit drei Jahrzehnten im Eichberg-Umfeld aktiv sind; intensiv beschäftigt sich das Blatt mit der Auschwitz-Lügner-Szene und prüft deren Aussagen auf »Wahrheitsgehalt«, als ob es da etwas zu prüfen gäbe. Zeitweilig war die JF das Intellektuellen-Blatt der REPs.

Henning Eichberg

Abkoppelung

Nachdenken über die neue deutsche Frage



Eine Veröffentlichung zu Eichbergs Grundthema: Nationalismus

Dem ehemaligen parteilosen Mitglied der Grünen-Bundestagsfraktion Mechtersheimer, dessen erneute Nominierung zur Wahl 1990 auch an seinen neofaschistischen Kontakten scheiterte, wird heute nachgesagt, mit Hilfe der rechten ostdeutschen Grünen ein Comeback in die Bundespolitik zu versuchen. Rot-grün einmal anders, von der gewendeten Humboldt-Universität ausgehend?

Reprise in Bremen

Ausgerechnet der DGB hat nun Mechtersheimer zum Antikriegstag am 1. September nach Bremen eingeladen. Während der "Friedensforscher" in Berlin seinen Vortrag über "Nationalpazifismus - Deutschland im Nord-Süd-Konflikt" abändern mußte und in der Diskussion den AntifaschistInnen unterlag, soll er nun in Bremen eine zweite Gelegenheit bekommen, seine verqueren Vorstellungen von der Rolle des vereinten Deutschland gegenüber der »Dritten Welt« zu propagieren. Ein national bewußtes Deutschland soll nach Mechtersheimer - romantisch "pazifistisch", als ob es weder Siemens oder Daimler-Benz noch andere ökonomische Interessen gäbe - gegen die USA antreten und die "Interessen" der Trikont-Menschen vertreten. Etwa so wie 1973 in Chile? Oder wie 1992 in Jugoslawien und der Türkei, auf Kuba, wo den Kindern jetzt die noch mit der DDR vereinbarten Milchpulver-Lieferungen gestrichen wurden? Mechtersheimer an die Seite gestellt hat der DGB Bremen den dortigen Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge (SPD), der früher einmal dem Stamokap-Flügel angehörte. Butterwegges Buch zum Rechtsextremismus läßt allerdings kaum vermuten, daß er Mechtersheimer tatsächlich Paroli bieten kann, denn es ist überwiegend sozialpädagogisch ausgerichtet. Ob Mechtersheimer wieder gemeinsam mit Eichberg kommt?

Zum Weiterlesen über Eichberg und über Eichberg hinaus:

- Frank Teichmann: Henning Eichberg - Nationalrevolutionäre Perspektiven in der Sportwissenschaft oder Wie politisch ist die Sportwissenschaft?, Frankfurt a. M. 1991 (eine Gesamtdarstellung über Eichberg);

- R. Hethey und P. Kratz: In bester Gesellschaft. Antifa-Recherche zwischen Konservativismus und Neo-Faschismus, Göttingen 1991 (zusammenfassend Hetheys Beitrag "Europa: Neue Heimat der Völker und Regionen?");

- Bonner Initiative Gemeinsam gegen Neofaschismus (P. Kratz): Die nationalrevolutionäre Connection: Gaddafi - Mechtersheimer - Schönhuber. Quellen und rot-grüne Querverbindungen neofaschistischer Deutschland-Vereiniger, Bonn 1990 (die nationalrevolutionäre Szene der 80er Jahre um Eichberg und Mechtersheimer).

Ein Bericht von Raimund Hethey und Helga Wackwitz

Auf Bildungsurlaub mit VW-ArbeiterInnen aus Ostfriesland zum Thema (Neo)-Faschismus.

"Nach 1945 war alles für Demokratie. Mit den Ausländern und den Arbeitslosen kam es wieder hervor."

Wahlanalysen haben deutlich gemacht: auch ArbeiterInnen wählen neofaschistische Parteien. Die Schlußfolgerungen, daß proletarische WählerInnen die Basis der DVU, Republikaner oder der NPD bilden, sind zwar falsch, aber was für ein Verständnis haben ArbeiterInnen vom Neofaschismus ? Sind sie sensibilisiert ?

In verschiedenen Bildungsseminaren für VW-ArbeiterInnen konnten wir diesen Fragen nachgehen. Bei VW sind 97% der ArbeiterInnen und 86% der Angestellten gewerkschaftlich organisiert. Die meisten sind auch Mitglied in der SPD. In kaum einem Unternehmen in der BRD haben Betriebsrat und IG-Metall eine so bedeutende Stellung. Der Haustarif bietet zahlreiche soziale Leistungen für die MitarbeiterInnen. Im Gegensatz zu vielen anderen Betrieben gibt es bei VW kaum Probleme mit der Gewährung des gesetzlich vorgeschriebenen Bildungsurlaubs. Kann nun von solchen ArbeiterInnen erwartet werden, daß sie gegen neo-faschistische Tendenzen energisch vorgehen? Was bieten die SPD und die Gewerkschaften für ihre Mitglieder an Informationsmöglichkeiten oder politischen Schulungen?

Die Seminare sind folgendermaßen strukturiert: Zu Beginn wird der historische Faschismus, seine Kontinuitäten und Diskontinuitäten problematisiert. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Entwicklungsgeschichte des organisierten Neo-Faschismus und auf der Agitation der Neo-Faschisten. Ereignisse (Situation) vor Ort werden ebenfalls berücksichtigt. Den fünften und letzten Aspekt bilden Perspektiven antifaschistischer Arbeit. Unterrichtsform sind Kurzvorträge der SeminarleiterInnen, Gruppenarbeit, Pro- und Contra-Diskussionen. Auf einem Materialtisch im vorderen Teil des Unterrichtsraums liegen Zeitschriften, Bücher der Antifa und neofaschistische Publikationen aus, die im späteren Verlauf auch vorgestellt werden.

Zu den Begriffen Faschismus und Neo-Faschismus

Am ersten Tag geht es um Klärungen von Begriffen. Was ist Faschismus, was Neofaschismus und wie werden zum Beispiel die Begriffe Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus, Neonazismus benutzt. In selbsterstellten Collagen zeigen die VW-ArbeiterInnen, was sie für ein Wissen und Verständnis von Faschismus haben. Das Material suchen sie sich selbstständig, in Kleingruppen aufgeteilt, aus Tageszeitungen und Magazinen heraus. Anschließend erklärt eine/r aus der Gruppe das Collagen - Bild. Die VW-ArbeiterInnen müssen ihre vorher gemeinsam besprochenen Vorstellungen in einer Montage bildlich umsetzen und anderen erläutern.

Als wesentliche Merkmale des Faschismus werden in einer offenen Diskussionsrunde zu der Frage 'was ist Faschismus, was Neo-Faschismus?' festgehalten:

Gewalttätigkeit, Hitler, Juden, politische Richtung auf Diktatur, Haß auf Andersdenkende, Terror, Drittes Reich, Nationalsozialismus, Arische Rasse, alles bekämpfen, was anders ist.

Unklarheiten herrschen über die Entstehung des Faschismus. Die Ableitung des Wortes Faschismus von "fasci" ist, wie die Geschichte des Faschismus in Italien, gänzlich unbekannt. Kaum ein Teilnehmer weiß, daß Adolf Hitler als Agent der Reichswehr seine politische Karriere begann. Ökonomische Zusammenhänge werden wenig bedacht. In einer Collage taucht einmal das Verhältnis zwischen arm und reich als Aussage über den Faschismus auf. Die Zuordnung von politischen Gruppierungen auf der landläufigen Skala von linksextrem über linksradikal zur Mitte und rechtsradikal bis rechtsextrem bringt erstaunliches zutage: die VW-ArbeiterInnen rechnen sich selber der Mitte zu, gleichsam mit der FDP. Ganz links stehen die Gewerkschaften zusammen mit der Rote Armee Fraktion, dann folgt die SPD. Die CDU wird als rechtsradikal bezeichnet, die CSU zusammen mit der DVU und der NPD als rechtsextrem.

Kontinuitäten und Diskontinuitäten des Faschismus

Über den Faschismus an der Macht konnten alle etwas mitteilen. Zu der Frage "was geschah 1933?" wurde folgende Antwort am häufigsten gegeben: "Da waren alle dafür, weil Hitler durch den Autobahnbau Arbeitsplätze geschaffen hat". Die Tatsache, daß die deutsche Industrie seit Ende des 1. Weltkrieges den Zweiten systematisch vorbereitete und der Autobahnbau diesem Ziel untergeordnet war, wurde nicht erkannt. Auf die Rückfrage, warum die Gewerkschaftsorganisationen am 2. Mai 1933 zwangsaufgelöst und einige ihrer Funktionäre umgebracht wurden, löst eine Reflexion aus, die zu anderen Antworten führt und die positive Bewertung des Faschismus einschränkt.

Die Neofaschisten können an ein oberflächliches Wissen über den Faschismus beliebig anknüpfen. So operiert ihre aktuelle Revisionismus-Kampagne mit der Leugnung der Judenpogrome. Die Mordmaschine gegen die Linke und andere Oppositionelle wird von der Öffentlichkeit gar nicht infrage gestellt. Die Informationen über den organisierten Neo-Faschismus sind ebenfalls spärlich. Gab es eine Stunde Null, nachdem die deutsche Wehrmacht hauptsächlich vor der Roten Armee kapituliert hatte und der Faschismus geschlagen war? Die Meinung im Seminar faßt eine VW-Arbeiterin zusammen: "Es war aus, und dann kam es langsam wieder. 1945 waren alle für Demokratie, aber mit den Ausländern und mit der Arbeitslosigkeit kommen sie raus, gründen sich wieder neu. Jetzt kann man sich wieder dazu bekennen, sie trauen sich das wieder." Der Film über die Nazi-Fluchtorganisationen ODESSA und SPINNE "DIE RATTENLINIE" leitet über zu der Diskussion, ob von einer Stunde Null gesprochen werden kann. In dem Film wird die Zusammenarbeit von Faschisten, Kirchenleuten und Alliierten bei der Organisation der Flucht von Funktionären der NSDAP dokumentiert, die sich vor einer Strafverfolgung ins sichere Ausland retten wollten. Die VW-ArbeiterInnen haben diese Zusammenhänge noch nie so deutlich vor Augen geführt bekommen und zeigen sich entsetzt. Von einer Stunde Null im Jahre 1945 wollte danach keine/r mehr sprechen. In den Mittelpunkt des Seminars rückte das Interesse an Personen und Organisationen, die sich nach 1945 neu gründeten.

Entwicklungsgeschichte des organisierten Neofaschismus

Für die meisten VW-ArbeiterInnen existiert der organisierte Neo-Faschismus seit 1989. Das Jahr, als die Republikaner ihren Wahlerfolg in Berlin hatten, ist für sie der Zeitpunkt, von dem an sie von Neo-Faschismus als Bedrohung sprechen wollen. Über vorausgegangene Aktivitäten ist vordergründig kein Wissen da. Bei Nennung von einigen Ereignissen wie "Oktoberfest-Attentat", Brandanschläge auf Wohnheime der Vietnamesen, erinnern sie sich wieder. "Aber", so ein Einwand von ihnen, " das heißt doch 'wehret den Anfängen'." Ein kurzer Rückblick auf die Organisationsgeschichte des Neo-Faschismus mithilfe von Video-Filmen und Schautafeln kann einige Wissenslücken schließen. Der Film von M7 "Nicht mit uns" und Video-Beiträge zu den Aufmärschen in Bayreuth und Wunsiedel haben einige TeilnehmerInnen schockiert. "Warum wird denn soetwas nicht verboten? Das gibt's doch nicht."

Hier wird ein Dilemma antifaschistischer Publikationen deutlich. Es hat keinen Sinn, die VW-ArbeiterInnen mit Fakten-Wissen zu konfrontieren, was für die Antifa-Arbeit aber unabdingbar bleibt. Broschüren, die über Verbindungen von Gaddaffi, Mechtersheimer und Schönhuber aufklären, sind für die Leute von VW nicht les- und verarbeitbar. Sie können mit dem "Naming names-Prinzip" nichts anfangen und werden von einer Fülle an Informationen, die sie selber kaum nachprüfen können, förmlich erschlagen.

Neofaschistische Agitation

Anhand ausgewählter Texte werden die VW-ArbeiterInnen mit Inhalten aus neo-faschisti-

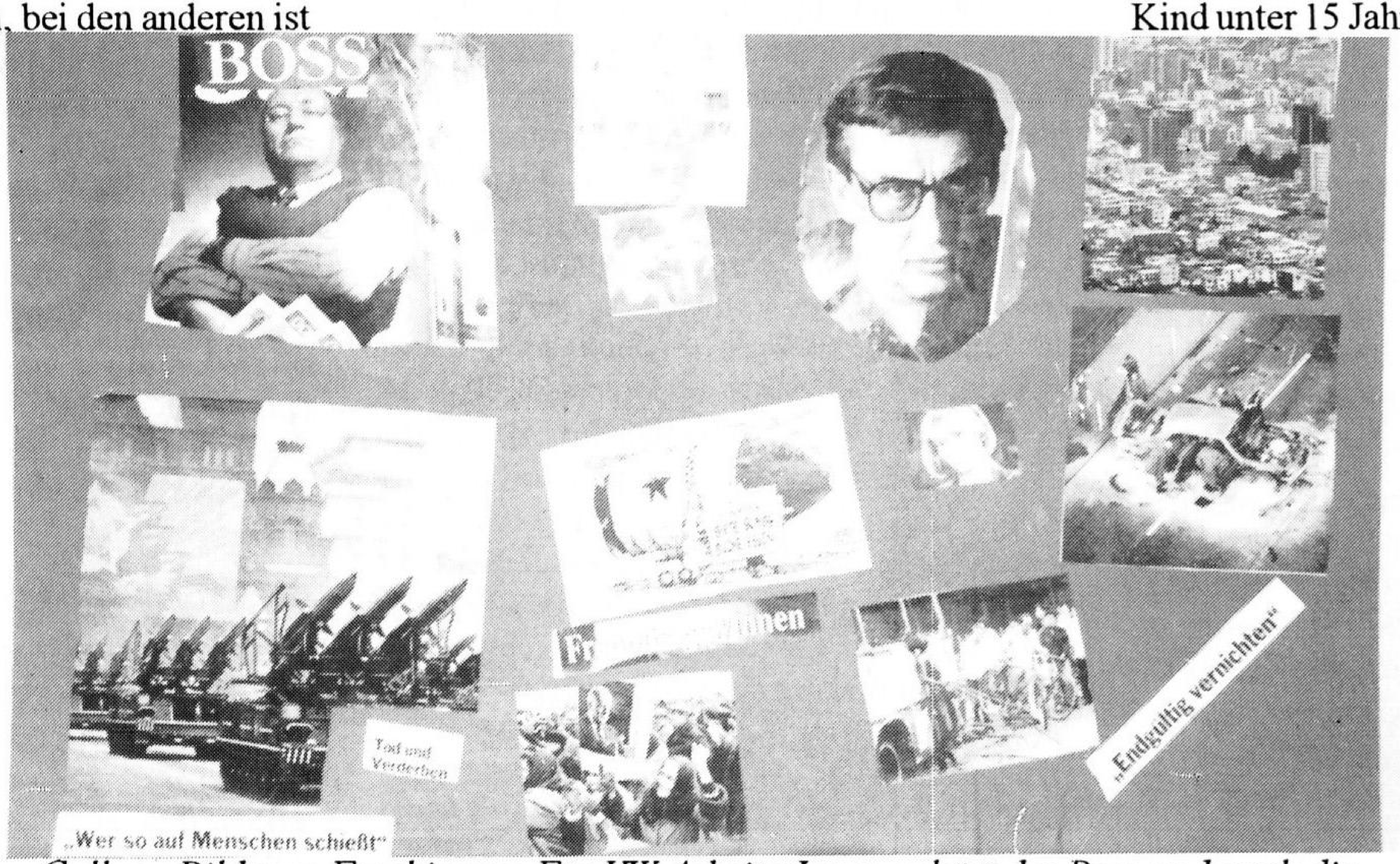
schen Publikationen konfrontiert. Mithilfe einer knappen Skizze werden die verschiedenen Publikationsorgane der Neo-Faschisten vorgestellt. Die adressatenspezifische Ansprache ihrer Presse wird von den TeilnehmerInnen schnell erkannt. Erstaunt sind sie über Zeitschriften wie "Wir selbst", "Mut" und "Europa vorn". Sie bemerken den hohen technischen Standard der Presse-Organe und machen sich Gedanken über die Finanzquellen der Neo-Faschisten. Sie untersuchen einen Artikel aus der Nationalzeitung zur "Ausländerfrage", einen Aufsatz von Wolfgang Venohr aus der "Jungen Freiheit" über den "Rußlandfeldzug", dessen beschönigende Darstellung sie anwidert, einen Beitrag von der "Deutschen Frauenfront" zur Rolle der Frauen in der Gesellschaft, einen Artikel aus "Wir selbst" und einen weiteren aus der "Bauernschaft" von Thies Christoffersen. Der Beitrag aus "Wir Selbst": "Deutschland ein Schauermärchen" hat die wenigste Ablehnung erfahren, bei den anderen ist die Distanzierung vom neo-faschistischen Inhalt einfach. Die Einschätzung der aktuellen Lage Deutschlands in dem "Wir selbst"-Beitrag empfinden die meisten als richtig, wenngleich sie den verquasten Stil, das hohe Pathos ablehnen. Obgleich die VW-ArbeiterInnen den Artikel aus der "Nationalzeitung" über die "Asylanten" aus Greifswald nicht akzeptieren, weil in ihm die Verbrechen gegen Menschen verharmlost und die Opfer zu Tätern gemacht werden, äußern sie sich ebenfalls "ausländerfeindlich". Sie bringen einen Artikel aus der "Praline" mit "Ein Farbfernseher für 3000 Mark, ein teures Videogerät - alles bezahlt von Sozialhilfe!". Der Artikel unterscheidet sich in seiner verhetzenden Tendenz kaum von dem aus Freys Postille.

Antifa-Recherche vor Ort

Die IG-Metall-Jugend hat im Januar 1992 eine Befragung von KollegInnen im Werk Emden gestartet. Die VW-Beschäftigten wurden gefragt, ob in ihrem Werk Ausländerfeindlichkeit vorhanden sei, wie sich diese bemerkbar mache und was die Beschäftigten von Demonstrationen gegen Ausländerfeindlichkeit halten. Die Antworten waren unterschiedlich. Einige Beschäftigte konnten keine Ausländerfeindlichkeit beobachten, andere wiederum hatten ausländerfeindliche Reaktionen bemerkt. Im Seminar gehen alle TeilnehmerInnen davon aus, daß es im VW-Werk Ausländerfeindlichkeit gebe. Eine VW-Arbeiterin meint: "Ja, Ja bei VW taucht das auf, das sind hauptsächlich die Männer, auf dem Frauenklo gibt es so etwas nicht".

In Ostfriesland hat es in jüngster Zeit tatsächlich Anschläge gegen Wohnheime von Libanesen gegeben. Auf der Gerüchteebene haben einige der SeminarteilnehmerInnen etwas mitbekommen. So kennt man einen Schrotthändler und die Söhne vermögender Auto-Händler als Neonazis und weiß von zwei Gaststätten, in denen Treffpunkte der alten und neuen Nazis vermutet werden. Eine Antifa-Recherche vor Ort soll weitere Informationen bringen. Der Besuch von Kiosken zeigt den VW-ArbeiterInnen, daß wenige Exemplare der "Deutschen Nationalzeitung" und der "Jungen Freiheit" in ihrer Stadt gekauft werden. Die Stippvisite beim US-Shop ergibt, daß ein Skinhead hier fast 400,-DM für sein Outfit hinblättern muß. In Gruppen aufgeteilt wollen sich die VW-ArbeiterInnen beim Sozialamt, der Schutz- und Kriminalpolizei, den Kirchen (Diakonisches Werk), beim Jugendzentrum und einem Asylbeauftragten ein umfassendes Bild über die Situation in ihrer Stadt verschaffen.

Die unwissende Polizei



Collage-Bild zum Faschismus: Für VW-ArbeiterInnen gehört der Boss und auch die Rote Armee (Fraktion) dazu. Totalitarismusthese in Reinkultur (1992)

Die VW-ArbeiterInnen, die sich bei der örtlichen Polizeidienststelle erkundigen, sind sehr enttäuscht. Sie berichten, daß die Polizei im Prinzip nichts sagen wollte, sogar in der Tagespresse bekannt gemachte Fakten wie Brandanschläge auf Wohnheime habe die Polizei geleugnet. Ein Vertreter der Schutzpolizei habe sogar behauptet, daß es keine rechte Szene in der Stadt gäbe, sondern nur etwa zwanzig Punks, die Bier saufen. Den Begriff "rechtsextremistisch" habe der Beamte gar nicht gelten lassen wollen. Das sei nach seiner Auffassung alles auf den Mist der Medien gewachsen. Informationsfreudiger habe sich der Beamte gezeigt, was die Nachfrage zur "Antifa" betreffe. Sein Fazit: Nur weil es die Antifa gibt, gibt es die Rechten. Und die Albaner, die würden klauen wie die Raben.

Die Kriminalpolizei vertritt ein anderes Bild. Ihr Vertreter will vom "Rechtsradikalismus" sprechen und erzählt bereitwillig, daß es vor kurzem einen "Führer" im Ort gegeben habe, der aber inzwischen weggezogen sei. Das Äußere der Leute würde nichts über ihre Persönlichkeit aussagen.

Die VW-ArbeiterInnen haben gelernt, daß sie gegenüber der Polizei vorsichtig sein müssen, daß die "Freunde und Helfer" nicht offen und ehrlich über ein Problem sprechen, was sie als BürgerInnen und als Eltern betroffen macht. Und noch etwas: "Wir haben nach den Rechten gefragt und die Polizei hat von den Linken gesprochen."

Informationen vom Sozialamt

Zunächst finden die VW-Arbeiter heraus, daß in ihrer Stadt sieben Nationalitäten vertreten sind: Menschen aus Albanien, Angola, Ghana, Jugoslawien, dem Libanon, der Türkei und aus Vietnam. 120 Familien, insgesamt etwa 550 Personen. Sie bekommen als finanzielle Unterstützung den Sozialhilfesatz. Ein Teil von ihnen wird zu gemeinnütziger Arbeit herangezogen. Einige dürfen in der Fischfabrik arbeiten, weil die "Deutschen" dort nicht so gerne hingehen. Der Mann vom Sozialamt hat den VW-Arbeitern auch ein paar Zahlen mitgegeben: der Haushaltsvorstand (in der Regel der Vater) erhält 474,-DM, die Frau 380,-DM, pro Kind unter 15 Jahren werden 350,-DM und pro Kind zwischen 15 und 18 Jahren werden 412,-DM gezahlt. Darüberhinaus werden die Miete und die Kosten für Reparaturen übernommen. Diese Informationen läßt die VW-ArbeiterInnen nicht ruhig. Gigantische Summen werden errechnet, achtköpfige Familien als Grundlage genommen und ein Netto-Einkommen von fast 4000,-DM ausgerechnet, das sie selber natürlich nicht erreichen. "Denen wird das Geld in den Arsch gesteckt" sagen zwei VW-Arbeiter. Getroffen sind sie, als die Zahl der "deutschen" Sozialhilfeempfänger genannt wird: 800-900 Familien in der Stadt bekommen Sozialhilfe. Der ganze Neid auf die "Ausländer" fällt jetzt auf diese Menschengruppe. Der Angestellte vom Sozialamt hat einen Hinweis mitgegeben, daß viele Sozialhilfeempfänger gar nicht arbeiten wollten. Im Seminarraum steigt die Unruhe. Auf den Hinweis, daß sie sich ja morgen schon arbeitslos melden und in zwei Jahren dann auch Sozialhilfeempfänger sein könnten, reagieren sie verdutzt. "Wir wollen ja arbeiten". Nur können sie ihren Willen nicht als dauerhaftes Recht einklagen.

Im Jugendzentrum und den kirchlichen Einrichtungen weiß man Bescheid

Von Jugendzentrums-Mitarbeitern erhalten die VW-ArbeiterInnen zum ersten Mal konkrete Hinweise auf die Existenz von "rechten" Jugendlichen. Sie erfahren, daß es ca. dreißig überwiegend männliche Personen in der Stadt gibt, die sich im Sinne des Neo-Faschismus äußern. Ihr Alter liegt zwischen 15-25 Jahre. Alle gesellschaftlichen Schichten seien vertreten, am stärksten der gehobenere Mittelstand. Einige von den "rechten" Jugendlichen verkehren regelmäßig im Jugendzentrum. Der Sohn eines Polizeibeamten war an einem Brand-

anschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft beteiligt und wurde von seinem Vater mit einem falschen Alibi gedeckt. Die VW-ArbeiterInnen zeigen sich von der Information, daß der angesprochene Personenkreis neben Baseballschlägern auch über Übungshandgranaten und Patronen verfügt, sehr negativ beeindruckt.

Der Vertreter vom Diakonischen Werk gibt Auskünfte über die Situation der ca. 550 Flüchtlinge in der Stadt und bestätigt, daß es Angriffe von Rechten gegeben habe. Er weist darauf hin, daß die Flüchtlinge einem täglichen Telefonterror ausgesetzt seien. Er erzählt von den Kurden, die wirklich verfolgt seien und hier Schwierigkeiten bekämen, weil sie diese Tatsache schwerlich beweisen könnten. Die VW-ArbeiterInnen erfahren, daß Flüchtlinge erst nach fünf Jahren eine Arbeitserlaubnis in der Bundesrepublik bekommen und wenn diese weg sei, für sie keine neue zu erhalten ist.

Antifaschistische Perspektiven

"Wenn die meiner Tochter was tun, dann räume ich mit denen auf", so ein VW-Arbeiter, dessen Tochter in einem Jugendzentrum verkehrt, das regelmäßig von rechten Jugendlichen terrorisiert wird. Auf die Frage, was sie tun würden, wenn bei ihnen in der Stadt ein Aufmarsch der Neo-Faschisten staffinden würde, äußern sie sich zurückhaltend. Auf Nachfrage erklären sie, daß sie Angst hätten. "Wir sind nicht radikal", meinen einige VW-ArbeiterInnen. Sie glauben, daß nur mit einem radikalen Standpunkt die Gefahr, die von den Neo-Faschisten ausgeht, wirksam zu bekämpfen ist. In einer offen Gesprächsrunde wird deutlich, daß es viele Möglichkeiten gibt, sich gegen den Neo-Faschismus durchzusetzen. Als wichtige Schritte werden umfassende Aufklärungs- und Informationsarbeit genannt. Es sei trotz zahlreicher Publikationen immer noch zu wenig bekannt. Ebenso wichtig finden einige VW-ArbeiterInnen, daß sie innerhalb der eigenen Organisationen "Dampf machen müssen". Das Interview des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters aus München Kronawitter im SPIEGEL hat sie betroffen gemacht. "Der ist ja viel schlimmer drauf, als die armen Willies mit ihren Glatzen", kommentiert ein VW-Arbeiter die Aussagen Kronawitters zu dem Umgang mit Ausländern. Die Frage nach einem Verbot neofaschistischer Organisationen wird heftig diskutiert. Die Chance, mit Verboten die Arbeit der Neo-Faschisten zu erschweren, wird sehr hoch eingeschätzt.

Generell bewerten die meisten TeilnehmerInnen die Seminare zum Thema Neo-Faschismus sehr positiv und beklagen sich darüber, daß soetwas nicht schon häufiger und früher gemacht worden sei.

Baobab Infoladen Eine Welt e.V.

Bisher waren die Winsstraße und ihre Umgebung eine vergleichsweise friedliche Gegend. Das hat sich in den letzten Wochen verändert. Die militanten Neo-Nazis der FAP (Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei) haben sich durch ihre Kandidatur bei den Bezirkswahlen organisatorisch festigen können und unter ihren 228 Wählern (=0,4%) neue Mitglieder rekrutiert.

Wir werden nicht zulassen, daß die Nazis einen "ausländerfreien" Kiez durchsetzen und Projekte wie den Baobab-Infoladen zerschlagen und zerstören. Menschen verschiedener Herkunft und Hautfarbe sollen auch weiterhin gefahrlos im Prenzlauer Berg leben können.

Deshalb werden wir gemeinsam mit anderen Gruppen die antifaschistische und antirassistische Arbeit verstärken. Dabei brauchen wir auch Eure Solidarität und Unterstützung.

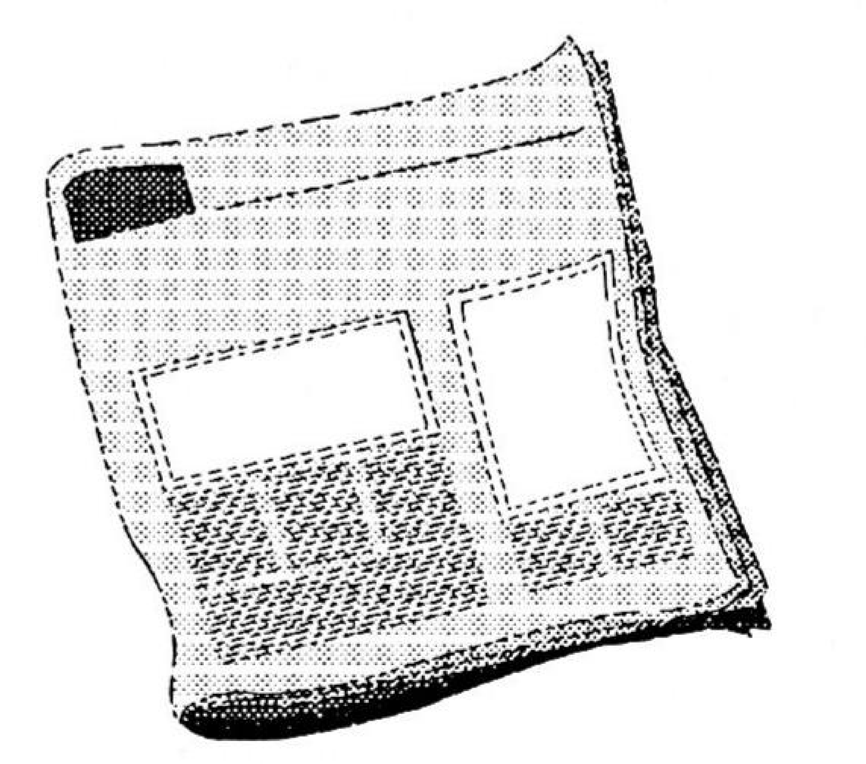
So wäre es ganz hilfreich, wenn Ihr öfter mal bei uns im Infoladen vorbeischaut. Je mehr Leute anwesend sind, um so deutlicher können wir zeigen, daß diese Gegend hier kein Platz für Nazis ist.

Ihr könnt bei uns auch Eure Veranstaltungen oder Treffen machen. Kleinkünstler (Kabarettisten, Liedermacher, Schriftsteller und andere), die ihre Solidarität durch die Gestaltung eines Abends bei uns zeigen wollen, sind herzlich eingeladen.

Neue Front

Nach einjähriger Erscheinungspause ist ein neues Heft der "Neuen Front", der seit 1982 - anfangs unter dem Titel "Die innere Front" - erscheinenden Zeitung der Kühnen-Bewegung herausgegeben worden. Nach Bekunden des "wechselnden, anonymen Redaktionssekretariat" soll die Neue Front jetzt wieder regelmäßig aus den Niederlanden verschickt werden. In den kommenden Ausgaben soll "wieder regelmäßig über die Aktivitäten unserer Truppe und befreundeter Organisationen unterrichte(t)" werden. Daß sich die Macher der "Neuen Front" in erster Linie Michael Kühnen verpflichtet fühlen, wird schon durch dessen Konterfei auf der Titelseite dokumentiert. Bildunterschrift: "Unser unvergessener Chef: Michael Kühnen!" Auch im Inneren des 16-seitigen Heftes wird an die "Gefolgschaft" Kühnens appelliert, dessen Schriften zu lesen, die über die us-amerikanische Postfachadresse der NSDAP-AO zu beziehen sind.

RECHTS IN KÜRZE



Resozialisierung durch REP?

Ein Justizskandal beschäftigt derzeit die Kasseler Öffentlichkeit. Der Kasseler REP-Chef **Horst Steinhof**(56J.), Inhaber der Firma Kara-Druck, beschäftigte seit 1984 Freigänger aus der Kasseler Justizvollzugsanstalt. Dort durften sie nach Informationen des Spiegel ausländerfeindliche Flugblätter für die REP drucken, in denen es u.a. hieß: "*Der Ali macht Kohle mit den Drogen, wir Deutsche, wir zahlen und werden betrogen.*" Unterstützt wurde Steinhoff bei dieser "Resozialisierungsmaßnahme" mit Geldern aus dem Arbeitsamt.

Eine "Eingliederung" der Gefangenen gelang Steinhof in mehreren Fällen, doch anders als es sich Justiz und Arbeitsamt gedacht hatten: Ein Vergleich der Namen der in den vergangenen Jahren bei ihm beschäftigten Freigänger wies diverse Übereinstimmungen mit einer Liste nordhessischer REP-Funktionäre auf. So waren in der Vergangenheit unter anderen der Chef des REP-Sozialdienstes **Georg Scharf** und die Parteikassierer **Günter Elser** und **Thomas Zappe** bei Steinhof, der selbst wegen menschengefährdender Brandstiftung eine achtjährige Haftstrafe verbüßen mußte, beschäftigt.

Unbemerkt geblieben sind diese Kontakte Steinhofs auch bei einem "prominenten" Freigänger. Der 1982 zu 13 Jahren Haft verurteilte und 1990 vorzeitig entlassene Terrorist **Manfred Roeder** arbeitete 1989 bei Steinhof. Was er dort trieb ist unklar. Nach einem halben Jahr mußte Roeder wieder hinter Gitter. Er hatte gegen die Auflagen für Freigänger verstoßen.

Nach Bekanntwerden seiner Machenschaften war Steinhof für die REP nicht mehr haltbar.

Unitarier

Die Bielefelder Kreisgruppe des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV) hat auf ihrer Kreiskonferenz vom Gesamtvorstand des DPWV gefordert, die Fakten zur DPWV-Mitgliedschaft des "Hilfswerks der Deutschen Unitarier" zu veröffentlichen. Ein bereits vorher vom Gesamtvorstand vorgelegter Bericht über die Unitarier, eine völkisch-rassistische Sekte, wurde als unzureichend eingeschätzt. Zu den Aufgaben einer neuen, unabhängigen Expertengruppe rechnete die Kreiskonferenz:

"a) Die nationalsozialistischen Wurzeln der Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft sind ausführlicher als im vorliegenden Prüfbericht zu analysieren und zu bewerten. Anscheinend sind wichtige Quellen nicht berücksichtigt worden.

b) Der Prüfbericht übernimmt ungeprüft das angebliche Toleranzgebot der Deutschen Uni-

tarier Religionsgemeinschaft. Personen und Verhalten sind in diesem Zusammenhang nicht ausreichend hinterfragt worden.

c) Die neue Prüfkommission erstellt einen weiteren Prüfbericht und gibt anschließend eine Empfehlung zur weiteren Mitgliedschaft des Hilfswerkes der Deutschen Unitarier ab. Dabei ist als ein wichtiges Kriterium die tatsächliche praktische Sozialarbeit zu berücksichtigen."

Wut-Trauer-Widerstand

Am Samstag, den 25.7.92, demonstrierten in Kemnat (Ostfildern) bei Stuttgart ca. 300 AntifaschistInnen gegen den Naziterror in ihrer Stadt. Der Demonstrationszug führte von der Ortsmitte zu einem Wohnheim für ausländische Arbeiter. In diesem Wohnheim, am äußersten Ortsrand gelegen, wurde in der Nacht vom 7. auf 8. Juli Sadri Berisha,ein jugoslawischer Arbeiter, ermordet. Sein Kollege Sahit Elezaj wurde mit lebensgefährlichen Verletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert.

Dieser brutale Überfall fand nach einem Skinhead-Saufgelage statt, auf dem, nach Aussage der Polizei, auch Hitlerreden gehört wurden. Im Anschluß daran wurde beschlossen, "Polaken klatschen zu gehen". Die Skinheads drangen in das nahegelegene Bauarbeiterwohnheim ein und schlugen die zwei schlafenden Jugoslawen brutal zusammen. Sadri Berisha erlag noch an Ort und Stelle seinen Verletzungen.

Inzwischen wurden sieben Skinheads festgenommen, die meisten sind geständig. Drei von ihnen stammen aus Leipzig, der Rest kommt von den Ostfildern. Mit von der Partie soll auch einer von drei Brüdern, namens **Wede**, sein, die schon seit Jahren durch rechtsextreme Aktivitäten auf sich aufmerksam machen. Alle drei Brüder sind nach Auskunft ortsansässiger AntifaschistInnen aktive Mitglieder der Nationalistischen Front (NF).

Dies war jedoch nicht der erste Neonazi-Überfall in Kemnat. im Juli 1991 überfielen 10 Rechtsextremisten ein türkisches Grillfest. Nachdem die TürkInnen geflohen waren, wurde ein an dem Grillfest teilnehmender Deutscher, der schlafend auf dem Boden lag, durch Messerstiche lebensgefährlich verletzt. Zwei der damaligen Täter waren auch an dem Mord an Sadri Berisha beteiligt.

Im Anschluß an die Demonstration in Kemnat fuhr ein Großteil der TeilnehmerInnen zu einer weiteren Kundgebung ins nahegelegene Feuerbach. Dort war ein Wochenende zuvor ein 50-jähriger Bewohner eines AsylbewerberInnenwohnheims von drei, teilweise vermummten Skinheads angegriffen und schwer verletzt worden. Drei PassantInnen, die ihm zur Hilfe kommen wollten, wurden ebenfalls zusammengeschlagen. **Michael Spieß**

Führerlos

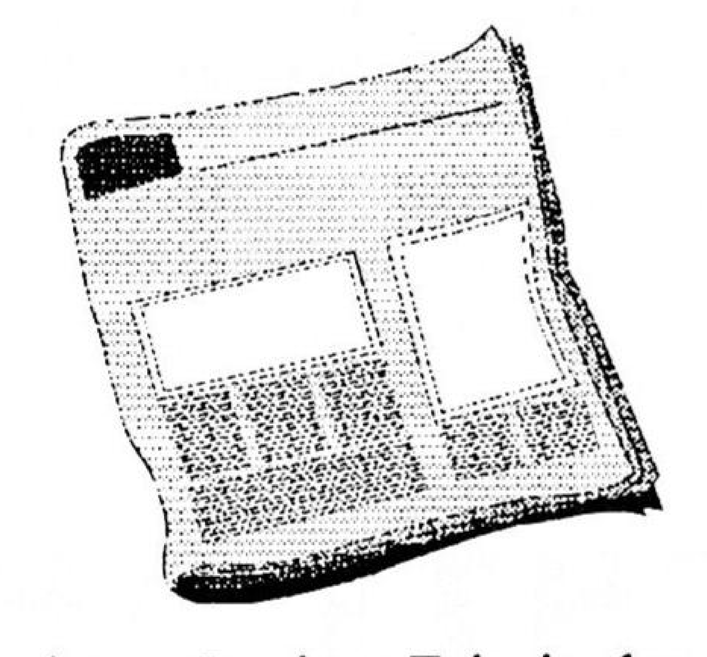
Die erst im vergangenen Jahr von **Thomas Fink** gegründete "Sauerländer Aktionsfront" (DRR berichtete) ist führerlos geworden. Fink, ein rühriger Neonazi (ehemaliger Chef der Bismarck-Jugend und Kontaktperson für fünf "Nationale Stammtische" in seiner Heimatregion) ist bei einem Motorradunfall tödlich verunglückt.

"Brauner Arzt im weißen Kittel"

Unter dieser Überschrift berichtet die Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 6. Juli 1992 über Dr. **Rigolf Hennig** (57), Durchgangsarzt der Berufsgenossenschaften und des Gemeinde-Unfallversicherungsverbandes in Verden/ Aller. Dieser niedergelassene Chirurg sei ein "stadtbekannter Rechtsextremist". Seine jüngste Aktion sei eine Aufsichtsbeschwerde und eine Strafanzeige gegen Verdens Stadtdirektor gewesen, weil der "eine Demonstration durch Ausländer" genehmigt habe, was illegal sei, da das Grundgesetz nur Deutschen das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit zubillige. Bei der Demonstration, die von den Jungsozialisten und der Verdener Friedensinitiative angemeldet worden war, handelte es sich um einen Protestzug gegen türkische Übergriffe auf das kurdische Volk. Neben den Deutschen waren auch zahlreiche kurdische Flüchtlinge mitmarschiert.

Der parteilose Stadtdirektor ließ sich nicht einschüchtern. In einer dienstlichen Stellungnahme schrieb er über Hennig: "Der Beschwerdeführer bemüht den demokratischen Rechtsstaat, um faschistisches Gedankengut zu pro-

RECHTS IN KÜRZE



pagieren. In einer Zeit, in der es für unsere ausländischen Mitbürger und Gäste immer schwieriger wird, ihre Lebensrechte und -bedürfnisse zu artikulieren, werden Ausländer in Verden erneut diskriminiert." Es sei besonders verantwortungslos, daß diese Diskriminierung von einem Bürger ausgehe, dem normalerweise "gewisse intellektuelle Fähigkeiten zuzubilligen wären."

Hennig erstattete daraufhin Strafanzeige wegen "übler Nachrede, Verleumdung, falscher Beschuldigung und Herabwürdigung." Das Verfahren wurde eingestellt, die Dienstaufsichtsbeschwerde war schon vorher vom Stadtparlament einstimmig zurückgewiesen worden.

Hennig ist schon seit Jahren in der rechten Szene aktiv. 1989/90 war er Kreisvorsitzender und Landtagskandidat der "Republikaner", ist neugewählter Landesvorsitzender der niedersächsischen "Deutschen Liga" und Redakteur der "Deutschen Rundschau". Seine Patienten - darunter zahlreiche Jugendliche - versucht der Arzt durch einschlägiges Schrifttum zu beeinflussen: Im Wartezimmer liegt auch die Zeitschrift "Nation Europa". "Spiegel" oder "Stern" kommen ihm dagegen nicht ins Haus - "wegen akuter Gefahr der Volksverhetzung", wie Hennig laut HAZ sagt. Trotz Beschwerden von Eltern und Lehrern scheint es keine rechtliche Handhabe zu geben, um Hennig von seiner öffentlichen Funktion als Durchgangsarzt abzulösen.

Neugründungen

In Baden-Württemberg hat sich eine "Nationalfreiheitliche Alternative" (NFA) unter Führung von **Bernd Malthaner** (geb. 23.8.1970 in Coburg) gegründet.

Malthaner, Mitglied der "Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG), ist einschlägig als Neonazi-Aktivist und "Kühnen-Bewunderer" bekannt. Kontakt unterhält der Neonazi u.a. zum Alt-Nazi **Thies Christophersen**. In der jüngsten Ausgabe der "Bauernschaft" (Nr.2/92 v. Juni 1992) lobt er ausdrücklich Christophersens "Auschwitz-Video" und macht konstruktive Vorschläge zur Verbesserung.

Erstmals festgenommen wurde Malthaner am 17.August 1990 in Wunsiedel (Verteilung eines selbstentworfenen Heß-Flugblattes); eine weitere Verhaftung folgte 2 Tage darauf beim Besuch des ehemaligen Reichsparteigeländes (M. war u.a. ausstaffiert mit dem "NS-Kampfruf" und der "Neuen Front")....

Auf Flugblättern popagiert die NFA die "Ehre dem deutschen Soldaten" und "Deutschland den Deutschen. Ausländer raus!". Bei einem weiteren Zuzug von Ausländern wird von einem kommenden "Bürgerkrieg" fabuliert, dem das "Rassenchaos" folge, in dem alles "untergeht".

Als Kontaktadresse der NFA wird auf deren Flugblättern ein **Michael Schanz** in Reutlingen angegeben.

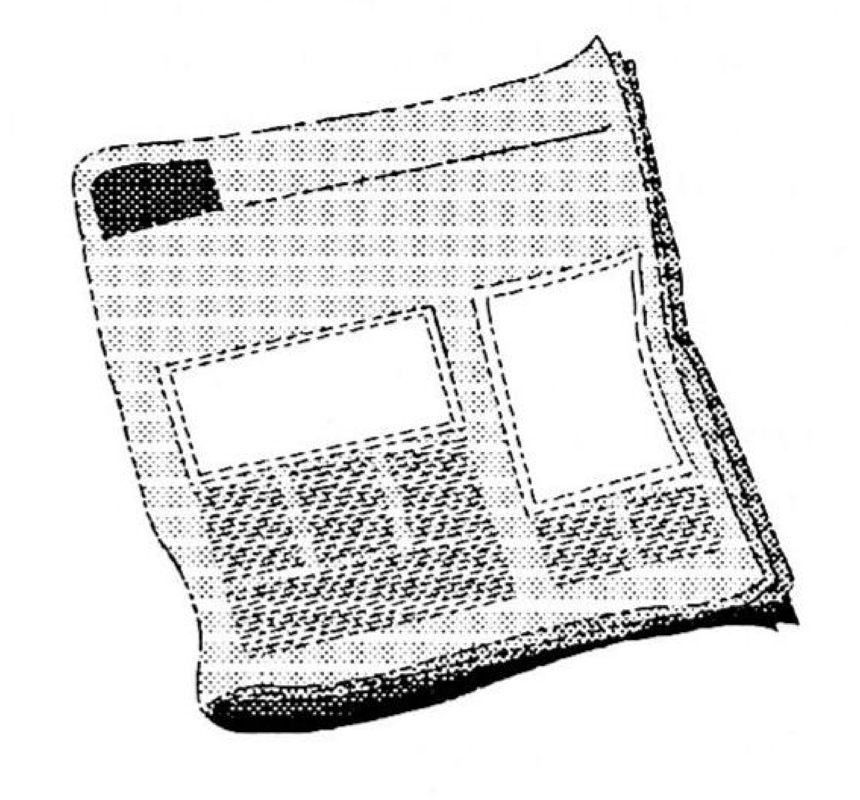
Enge Kontakte unterhält die NFA zur Neonazi-Organisation "Der Deutsche Weg" (D.W.) in Duisburg (Nordrhein-Westfalen), einer weiteren Organisation der GdNF. Kopf des D.W., der sich als "führende Kraft der deutsch-alternativen Opposition und reichstreuen Kräfte" in NRW versteht, ist **Michael Thiel**, ehemals stellvertretender Bundesvorsitzender der "Deutschen Alternative" (DA). Um die Finanzen des D.W. kümmert sich **Wilhelm Kuhl** (Köln), ehemals FAP-Aktivist und späterer DA-Schatzmeister.

ANTON MAEGERLE/SÖNKE BRAASCH

Gesponsort!

Der Auschwitz-Leugner und Pseudo-Historiker **David Irving** ist von der britischen Zeitung Sunday Times für seine Vorarbeiten für die Veröffentlichung der vollständigen Goebbels-Tagebücher mit einer Summe von 200.000 DM entlohnt worden. Irving reiste für die britische Zeitung nach Moskau, um dort die jüngst aufgefundenen vollständigen Tagebücher Goebbels für die Veröffentlichung vorzubereiten. Die Wahl sei auf Irving gefallen, so ein Vertreter der Zeitung, wegen dessen "seltener Fähigkeit, Goebbels 'spinnenartige Handschrift' zu entziffern." Bei den Leitern der Moskauer Archive war Irving als "hervorragender Historiker", der sich mit einer Biographie von Goebbels befasse, eingeführt worden. In der Bundesrepublik wurde Irving, der sowohl bei der rechtsradikalen DVU als bei militanten Neonazis als Referent geschätzt ist, erst kürzlich wegen seiner Leugnung des Holocausts verurteilt.

RECHTS IN KÜRZE



Bei anderen gelesen:

"Welchen Wert man auch immer dieser Fürsprache beimessen mag, eines ist gewiß: Auch des 'Spiegels' Edition der Goebbels-Tagebücher entspricht voll und ganz den Ansprüchen des ehemaligen Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda an die Nachwelt. Denn schon Goebbels selbst waren die Tagebücher Propaganda und Geschäft zugleich - 1936 hatte ihm der Eher-Verlag für jeden Jahrgang 100.000 Mark angeboten, und zwei Tage vor seinem selbstgewählten Ende schrieb er am 28. April 1945 seinem Stiefsohn Harald Quandt, er beabsichtige, mit seinen Aufzeichnungen 'auf die Zukunft unseres Volkes einzuwirken'. Es ist also - mag es auch noch so viel Distanzierung im einzelnen geben - das Goebbels-Vermächtnis, das der 'Spiegel' mit seinem Chronisten-Titel erfüllt."
(Otto Köhler, "Ganz klar Goebbels" in Konkret 8/92)

Herboldshausen: Stützpunkt des "Bundes für Gotterkenntnis"

Einen zentralen Stützpunkt im süddeutschen Raum unterhält die rassistisch-esoterische Sekte "Bund für Gotterkenntnis" im kleinen, abgelegenen Dorf Herboldshausen bei Kirchberg/Jagst (Baden-Württemberg). In einem früheren Bauernhaus, nun "Jugendheim Hohenlohe" genannt, treffen sich regelmäßig Mitglieder und Anhänger des Bundes aus der Bundesrepublik und dem benachbarten Ausland zu Schulungswochenden, der Durchführung von Ferienlagern oder dem Abhalten von Sonnwendfeiern.

Gründungsmutter des "Bundes für Gotterkenntnis" ist Dr.Mathilde Ludendorff (4.10.1877 - 12.5.1966), geb.Spiess, die 1926 den Generalquartiermeister des 1.WK, Erich Ludendorff, geehelicht hatte.

4 Jahre später gründete sie zur Sammlung ihrer Anhänger und ihres philosophischen Werkes den antisemitischen Verein "Deutsch-Volk e.V.", dessen Aufgabe in der Pflege und Verbreitung der "deutschen Gotterkenntnis" bestand; Mitgliedschaft in dieser Weltanschauungsgemeinschaft war nur nach erfolgtem Kirchenaustritt möglich. Dem Verbot am 22.September 1933 folgte im März 1937 -Hitlers Einverständnis war von E.Ludendorff eingeholt worden- die Gründung des Vereins "Deutsche Gotterkenntnis", der 1951 -zuvor war er von den Allierten verboten- in "Bund für Gotterkenntnis" umbenannt worden ist.

Ein von den Innenministerien der Länder ausgesprochenes Verbot im Jahre 1961, wegen antisemitischer Äußerungen aus der Zeit des Ehepaares Ludendorff, wurde 1977 letztinstanzlich aufgehoben (u.a. wegen Verfahrensfehlern bei der Verbotsverfügung).

Nach der militärischen Befreiung vom Nationalsozialismus machten die Ludendorffer erstmals am 15.7.1949 mit der Gründung des Verlages "Hohe Warte" in Stuttgart wieder öffentlich auf sich aufmerksam. Heute hat der Verlag, geleitet vom Schwiegersohn der M. Ludendorff, dem Freiherrn Franz Karg von Bebenburg, seinen Sitz im oberbayrischen (8121) Pähl bei Weilheim, wenige Kilometer vom einstigen Ludendorff-Domizil in Tutzing am Starnberger See entfernt. Von dort wird auch die Zeitschrift des Bundes "Mensch und Maß-drängende Lebensfragen in neuer Sicht" an die mehrere tausend Mitglieder starke Sekte unter Führung des Dachauer Arztes Dr. Gunther Duda verschickt.

Grundlage der Gotterkenntnis von Mathilde Ludendorff ist die Überzeugung, daß jeder Art oder Rasse sich die "Erkenntnis" Gottes auf eine jeweils besondere Weise offenbare.

Das Treiben des "Bundes für Gotterkenntnis" in Süddeutschland ist **nicht** im neuesten baden-württembergischen Verfassungsschutzbericht '91 erwähnt. **ANTON MAEGERLE**

Maria Münzenberg und Hartmut Power

Gitterzelle und Landvilla

Über den unaufhaltsamen Ab- und Aufstieg zweier Neo-Faschisten

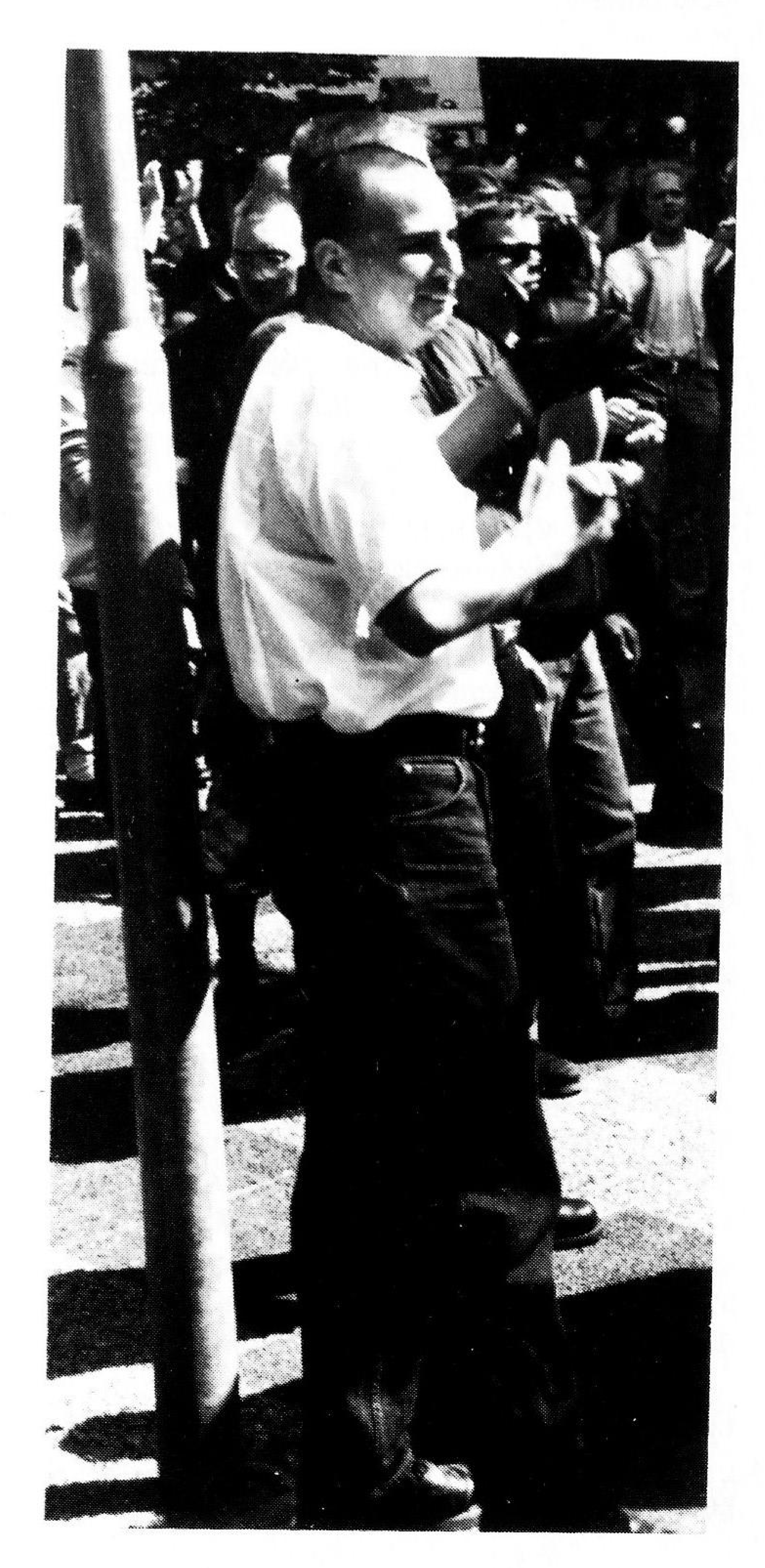
Vom Alter und den politischen Ansichten unterscheiden sich Hartmut Heger und Thorsten de Vries kaum. Hinsichtlich ihrer Lebensmöglichkeiten klaffen Welten zwischen den beiden. Heger ist millionenschwerer Immobilienhändler und restauriert eine alte Landvilla für sich nach Gutsherrenart, Thorsten de Vries hat Schulden und muß demnächst für einige Monate ins Gefängnis.

Der Landsknecht...

Seit dem 23. Mai steht **Thorsten de Vries** im Rampenlicht der Öffentlichkeit, private Fernsehanstalten und Pressejournalisten bitten ihn um Interviews. Als verantwortlicher Organisator eines sogenannten Kampftages hatte er fast 100 junge Neo-FaschistInnen nach Wilhelmshaven eingeladen. Bundesweit bekannte Neo-Faschisten wie die Hamburger **Christian Worch** und **Thomas Wulff** sowie der Liedersänger **Frank Rennicke** von der Wiking-Jugend waren nach Wilhelmshaven geeilt, um der dortigen Bevölkerung zu zeigen, daß an der Schließung der Olympia-Werke letztlich nicht die Profitinteressen von Daimler-Benz schuld haben, sondern die "deutschfeindliche Asylbetrüger-Invasionsflut". Zu wirksamen Massenreden kamen die wahrhaften Deutschen nicht, weil ihnen eine größere Schar von AntifaschistInnen die Hetztour vermasselte.

Drei Wochen später mußte sich der Bundesvorsitzende des "Deutschen Kameradschaftsbundes" de Vries zusammen mit **Jens Björn Tiemann** vor dem Amtsgericht in seiner Heimatstadt wegen Bedrohung, Beleidigung, Nötigung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und einer Bombendrohung gegen eine Gaststätte in Wilhelmshaven verantworten.

Sämtliche Anklagepunkte stehen in Zusammenhang mit politischen Aktivitäten für den Neo-Faschismus. Aufgrund seiner zahlreichen Vorstrafen mit ähnlichem Hintergrund mußte der Richter Markus de Vries zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und drei Monaten verurteilen, obwohl die Staatsanwaltschaft nur zehn Monate auf Bewährung gefordert hatte. Der vom Richter vorgelesene Bericht eines Bewährungshelfers zeigte die jahrelange enge Zusammenarbeit zwischen dem Immobilienbüro Baar/Heger und de Vries auf. Mehr noch:



nach diesem Vortrag war klar, daß de Vries ohne die finanziellen Zuwendungen von Heger sein Leben nicht hätte bestreiten können. So war es ihm allein aus ökonomischen Gründen unmöglich, der richterlichen Auflage aus einem Urteil von 1985 Folge zu leisten, sich von seinen "rechtsextremen Freunden" zu trennen.

Während sein Ziehfreund und Gönner **Hartmut Heger** von einem Spekulationsobjekt zum anderen fuhr und im Amtsgericht einen Millionen-Deal abschloß, mußte de Vries die Dreckarbeit, den "Kampf auf der Straße" erledigen. Vor Gericht beteuert er, daß Hartmut Heger ein angesehener Bürger von Wilhelmshaven sei, der im Rathaus ein- und ausgehe und sich für die wirtschaftliche Zukunft der Stadt einsetze. De Vries träumte all die Jahre davon, daß Hartmut Heger und sein brauner Kompagnon **Robert Baar** ihn als Geschäftsführer in einer der zahlreichen Lokalitäten einsetzen würden.

... und sein Herr und Meister

Für die stand anderes auf dem Spiel. Zusammen mit dem inzwischen verstorbenen CDU-Ratsherren und der tatkräftigen Unterstützung von Banken, insbesondere der Bremer Landesbank und der Landessparkasse zu Oldenburg, wurden verschiedene Finanzprojekte in Millionenhöhe angegangen. In zentraler Lage wurden Geschäftshäuser, Restaurants und Gaststätten aufgekauft. Auf der Insel Wangerooge betrieben die Mini-Trustler ein Hotel. Auf verschiedenen anderen Inseln erwarben sie Besitz, den sie sehr schnell mit Gewinn weiterverhökerten.

Neuerdings haben sie sich ganze Dörfer in der ehemaligen DDR aufgekauft und wollen in das Touristik-Geschäft eingestiegen. Der gesellschaftliche Aufstieg über Immobiliengeschäfte ist typisch für Neo-Faschisten. **Gerhard Frey** und **Udo Walendy** sind beispielhaft für solche Karrieren zu benennen. Baar und Heger können also auf die Erfahrungen von Gesinnungsfreunden zurückgreifen. Ihre Methoden sind dem Kapitalismus angemessen. Auf freundschaftliche Gefühle oder moralische Rücksichtnahme darf nicht gerechnet werden. So wurde de Vries als Renovierungskraft ausgebeutet, aber nie an den Gewinnen beteiligt. Anderen Geschäftspartnern erging es ähnlich. Ein früherer Kompagnon von Heger beklagt sich öffentlich darüber, daß Heger ihn übervorteilt, und er beinahe sein ganzes Hab und Gut verloren habe. In seinem berechtigten Zorn gegenüber Heger wußte er sich nicht anders zu helfen, als Heger der gemeinsten Verbrechen zu beschuldigen. Nach ihm habe Heger sich sein Diplom an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg erschlichen und erkauft, sich durch Brandstiftung Versicherungsgewinne verschafft und damit seine Karriere als Immobilienhändler erst ermöglicht. Besonders Frauen gegenüber habe sich Heger immer fies verhalten. Erst nachdem er sich mit einer Frau aus den etablierten Kreisen in Oldenburg liiert habe, sei er nicht mehr durch skandalöse Bordellbesuche in der Öffentlichkeit aufgefallen.

Der politische Nutzen ging Heger bei seinen Geschäften nie aus dem Sinn. Auf Wangerooge konnte der neo-faschistische Gesamtdeutsche Studentenverband (GDS) im Sommer 1987 bei Heger ein Seminar abhalten. Zu diesem Verband pflegte Heger gute Beziehungen, die auch gerichtlich festgehalten sind. Während einer Jahrestagung war er 1984 mit anderen "Kameraden" (z.B. "SS-Sigi" **Siegfried Borchard**, dem NPD-Funktionär **Hans Michael Fiedler**, **Norbert Schnelle** und **Meinhard Elbing** von der Nationalistischen Front aus Bielefeld) auf den Bonner Marktplatz gestürmt, um ein paar "Punks" zu verprügeln. Heger wurde damals zu einer dreimonatigen Freiheitsstrafe verurteilt. Das hat seiner Karriere als Geschäftsmann keinen Abbruch getan. Im Gegenteil: mit seiner Profilierung als Organisator für Großveranstaltungen u.a. mit dem DVU-Chef Dr. Gerhard Frey und dem Republikanervorsitzenden **Franz Schönhuber** nahm auch die Größenordnung seiner Finanzgeschäfte zu. Im November 1991 feierte er den Wahlerfolg der DVU in Bremen mit Frey.

Während de Vries nur militante Neo-Faschisten repräsentieren kann, muß Hartmut Heger als zentralere Figur im "Einigungsprozeß" der zersplitterten Rechten angesehen werden. Wie kein anderer aus der Weser-Ems-Region kann er zwischen den konkurrierenden Parteien NPD, Republikaner und DVU operieren und hat mit seinem "Landsknecht" de Vries auch noch Kontrolle über den "schlagenden Arm der Bewegung". Ob er mit seinen politischen Engagements ebenfalls Gelder zockte, fragen sich inzwischen seine Nachwuchswahlhelfer von der JN. Die wunderten sich schon darüber, daß Heger nur einen Tag, nachdem ihr Wahlkampfauto einem Angriff von AntifaschistInnen zum Opfer fiel. ein neues Fahrzeug zur Verfügung stellte. Darüberhinaus konnte er auch immer Räumlichkeiten für die Lagerung von Wahlkampfmaterialien anbieten. Sein Renommee als Geschäftsmann öffnet ihm die Türen zu den Machtzentren der Gesellschaft. Die verantwortlichen Kommunalpolitiker in Wilhelmshaven stehen dieser Entwicklung schweigend gegenüber. Von einer SPD-regierten Stadt muß erwartet werden, daß sie solchen "feinen Herren" ordentlich Knüppel zwischen die Beine wirft, und es nicht nur bei verbalen Protestnoten beläßt wie zum "Kampftag" der Neo-Faschisten am 23. Mai als der Oberbürgermeister Eberhard Menzel alle demokratischen Kräfte zum Widerstand aufrief. Unsere beiden Neo-Faschisten hat das wenig berührt.

Der DGB-Chef aus Wilhelmshaven als Angriffsziel

De Vries zeichnete schon wenige Tage nach dem Gerichtsurteil für einen Steckbrief gegen den DGB-Vorsitzenden Manfred Klöpper presserechtlich verantwortlich, in dem der Repräsentant der Arbeiterbewegung als Angriffsziel preisgegeben wird. De Vries führte wieder einmal nur aus, was ihm höhere Chargen befahlen. Auf Anordnung von Christian Worch klebte er ein schlechtes Foto von Klöpper in die vorformulierte Vorlage. Worch - von de Vries als "Führer des nationalen Widerstands" gelobt - wiederum kennt Hartmut Heger noch aus Zeiten als Michael Kühnen lebte und sie gemeinsam "Straßenkampf" betrieben und die "Nationale Jugend Ostfrieslands" ins Leben riefen.

Lölhöffel unterliegt

Der Bonner IG Medien-Ortsvorsitzende und Redakteur im Bonner Büro der "Frankfurter Rundschau", Helmut Lölhöffel ging gerichtlich gegen ein Mitglied der "Bonner Initiative Gemeinsam gegen Neofaschismus" vor, das behauptet hatte Lölhöffel komme aus der Nazi-Sekte "Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft e. V." (DUR) und sei ein Top-Funktionär der DUR-Jugendorganisation "Bund Deutsch-Unitarischer Jugendlicher e. V." (BDUJ) gewesen. Erste journalistische Erfahrungen habe er in dem DUR-Nazi-Blatt "glaube und tat" gesammelt, wo er gegen die demokratische Presse hetzte und den BDUJ an der "Hitler-Jugend"-Ideologie zu orientieren versuchte. Für die Klage erhielt er Rechtsschutz der IG Medien. Das Oberlandesgericht Köln wies im Juni 1992 letztinstanzlich alle Unterlassungsbegehren des FR-Journalisten als verfassungswidrig zurück. Der Bonner Antifaschist darf damit alle Äußerungen über Lölhöffel weiter verbreiten, auch die, der Journalist habe "bis heute noch exzellente Verbindungen zu einer völkisch-rassistischen Sekte", der DUR nämlich.



Das antirassistische Telefon Ostberlin

Seit Mitte Februar betreiben wir, eine noch kleine Gruppe von Menschen, das Antirassistische Telefon Ostberlin im Baobab - Infoladen. Die beiden Antirassistischen Telefone in Ost- und Westberlin und das Antifa-Info-Telefon sind keine "Konkurrenzunternehmen". Sie arbeiten zusammen und ergänzen sich. Wir betrachten den Ostteil der Stadt als unser Hauptarbeitsgebiet, interessieren uns aber auch für rassistische und antirassistische Aktivitäten im Umland von Berlin.

Durch das Sammeln von Informationen, eigenen Nachforschungen aufgrund der bei uns eingegangenen Meldungen, gezielte Öffentlichkeitsarbeit und Beteiligung an Aktionen wollen wir dazu beitragen:

- den gewalttätigen Terror gegen "Nicht-Deutsche" zu stoppen.
- rassistische Diskriminierungen aufzudecken und ihnen ein Ende zu setzen.
- die Gegenwehr der Betroffenen zu unterstützen.

Wenn Ihr von rassistischen Übergriffen oder Diskriminierungen betroffen seid oder von solchen erfahrt: Ruft uns an - oder schreibt. Wir überlegen dann gemeinsam mit Euch, was im konkreten Fall gemacht werden kann.

Unsere Adresse: Antirassistisches Telefon Ostberlin: 4269451, Winsstr. 53, O-1055 Berlin, Dienstag bis Donnerstag von 12.0 bis 22.00 Uhr.

Spenden zur Unterstützung unserer Arbeit bitte auf das Konto: Baobab-Infoladen e.V., Winsstr. 53, O-1055 Berlin, Berliner Sparkasse, Bankleitzahl: 100 500 00, Girokonto: 411 352 0297, Stichwort: Antirassistisches Telefon

Zukunft der Gedenkstätten

zur Erinnerung an Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus

Unter diesem Titel findet vom 6.-8. November 1992 in Salzgitter ein Gedenkstätten-Kongreß mit internationaler Beteiligung statt. Träger dieses Kongresses sind verschiedene Verbände ehemaliger Häftlinge und Lagergemeinschaften, sowie deutsche Organisationen, die sich politisch in der Tradition des Widerstandes und der Verfolgung verstehen.

Der Kongreß soll einen Beitrag zur Selbstfindung und Standortbestimmung aller antifaschistischen Kräfte in der Gedenkstättenfrage leisten.

Der Kongreß wird ein Diskussionsforum für ehemalige Häftlinge und Zeitzeugen, für Mitarbeiter und Förderer von Gedenkstätten, für Historiker und Pädagogen, für Entscheidungsträger und politisch Interessierte. Teilnehmer werden aus den alten und neuen Bundesländern sowie aus dem Ausland erwartet.

Im Plenum soll allgemein die Frage, ob vor dem Hintergrund der gegenwärtigen politischen Situation ein "antifaschistischer Anspruch" gegenüber der Gedenkstättenarbeit erhoben werden kann und wie ein solcher aussehen könnte, aus verschiedenen Blickrichtungen diskutiert werden. Dabei werden die Ergebnisse der Kommissionen zur Neugestaltung der Gedenkstätten in Buchenwald und Brandenburg ebenso thematisiert werden, wie die Anfragen des Auslandes an die Gedenkstättenarbeit vor dem Hintergrund des neuen Deutschland-Bildes. Die Perspektiven einer "Erziehung nach Auschwitz" stehen gleichermaßen zur Diskussion, wie die inhaltlichen Konsequenzen, die sich aus dem Jahrestag der Pogromaktionen, dem 9. November, für die Gedenkstättenarbeit ergeben.

In zahlreichen Workshops und Arbeitsgruppen sollen folgende Aspekte besprochen werden:

Gedenkstätten ohne die Opfer? Was können Lagergemeinschaften noch zur Gedenkstättenarbeit beitragen, wie kann die Perspektive der Arbeit aussehen?
Welcher Opfer gedenken Gedenkstätten? - neue Offenheit und neue Ausgrenzungen?
Gedenkstättenarbeit "vor Ort" und Kommunalpolitik.
Gedenkstätten Ost - Gedenkstätten West (Geschichte, Selbstverständnis, Prozeß der Neubestimmung).
Kunst und Gedenkstättenarbeit.
Können Täter Thema der Gedenkstättenarbeit sein?
Täter als Opfer? Zur Auseinandersetzung mit der Internierungsproblematik in Gedenkstätten der neuen und der alten Bundesländer.
Gedenkstätten als Lernorte? Anspruch, Möglichkeiten und Realität pädagogischer Arbeit.
Als Gesprächspartner für diese Workshops sind ehemalige Häftlinge und andere Zeitzeugen, Historiker und Pädagogen angesprochen.

Weitere Informationen zu diesem Kongreß, der mit finanzieller Unterstützung der niedersächsischen Landesregierung und in Abstimmung mit der Landeszentrale für pol. Bildung vorbereitet wird, sind über das **Antifa-Zentrum "Carl von Ossietzky", Leopoldstr. 23, 33 Braunschweig, Tel: 0531/18542**, zu erhalten.

Antirassistische Materialien

Der 'Arbeitsschwerpunkt Rassismus' des 'Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen' (BUKO) versendet an Gruppen und Einzelpersonen Materialien zum Thema Rassismus.

10% des Verkaufspreises dienen dabei der Finanzierung der eigenen Arbeit. Neben Sachbüchern werden auch Kinder- und Jugendbücher zum Thema angeboten; außerdem vermittelt der 'Arbeitsschwerpunkt Rassismus' ReferentInnen zum Bereich 'Asyl/Rassismus/Nationalismus'. Zur Erweiterung dieser Kartei werden auch noch Menschen gesucht, die zu einzelnen Themen referieren können.

Für die Materialienliste und ReferentInnenanfragen können sich InteressentInnen an folgende Adresse wenden: AKTION 3. Welt Merzig-Wadern, Weiskirchstr. 24, 6646 Losheim, Tel.: 06872/6982 oder Fax. 7826.

Lisa Böhne: "Wegbereiter des Faschismus"

BUCHBESPRECHUNG

Dieser Titel wurde für den 1. Band der "Marburger Beiträge zur Geschichte und Gegenwart studentischer Verbindungen", der den Werdegang des Kyffhäuserverband der Vereine Deutscher Studenten (VVDSt) behandelt, ausgewählt. Der VVDSt unterscheidet sich von anderen Studentenverbindungen dadurch, daß er nicht neben weiteren Negativkriterien auch das des Antisemitismus vertrat, sondern daß er als antisemitische Bewegung gegründet wurde. In der Chronik des VVDSt wird das Jahr 1880 als Initialjahr angegeben, in dem ein Dr. Bernhard Förster eine Antisemitenpetition verfaßte, zu der er bei den Bayreuther Festspielen angeregt worden war. Zur Verbreitung dieser Petition in der Studentenschaft bildeten sich Ausschüsse als Vorläufer des VVDSt (vgl.: Blunk, Paul; Praktisches Handbuch des Kyffhäuser=Verbandes der Vereine Deutscher Studenten, Hamburg 1926, S. 18)

In dem knapp 90 seitigen Büchlein der Geschichtswerkstatt Marburg wird der Werdegang des Marburger Ortsverbandes nachgezeichnet. Dies geschieht in Einbettung in die Geschichte des Gesamtverbandes, sodaß die Schrift nicht nur für MarburgerInnen interessant ist. An der exemplarischen Darstellung zweier Lebensläufe wird dabei deutlich, wie in der BRD die Seilschaften der Korporationen aus dem NS ihre Tragfähigkeit behielten. Anders ist der ungebrochene Karriereverlauf eines **Verschuer** (im NS Vorgesetzter von Mengele) nicht zu erklären. Den Abschluß bildet die Darstellung der unverfrorenen Geschichtsfälschung der vereinseigenen "Geschichtsschreibung".
Insgesamt ein gelungener Einstieg, dem bei der Vielzahl der in Marburg ansässigen Korporationen sicher noch einige Fortsetzungen folgen werden.

Bestellungen: Durch Überweisung von 8,00 DM auf Konto 101 101 3089, Sparkasse Marburg Biedenkopf, der Geschichtswerkstatt Marburg e. V., Liebigstr. 46, 3550 Marburg/ Lahn

Wir fordern die sofortige Freilassung und Rehabilitierung von Gerhard Bögelein!

Am 18.Mai 1992 wurde der 69jährige Gerhard Bögelein von der 22. Strafkammer des Landgerichts Hamburg zu einer lebenslänglichen Haftstrafe verurteilt. Die Begründung des Gerichtes: Heimtückischer Mord an einem ehemaligen NS-Wehrmachtsrichter im Jahre 1947.
Dieses Urteil ist aus verschiedenen Gründen ungeheuerlich:

— Der nun zu lebenslänglicher Haft verurteilte Gerhard Bögelein war aktiver Widerstandskämpfer gegen den deutschen Faschismus; er war Befehlsverweigerer, Deserteur, Überläufer zur Roten Armee und kämpfte auf Seiten der Sowjetunion gegen den Faschismus.
— Der getötete NS-Wehrmachtsrichter hat zwischen 1943 und 1945 zwischen 120 und 170 Todesurteile unterschrieben und war noch 1947 ein überzeugter Nationalsozialist.
— Die Ermittlungen und Zeugenbefragungen, auf die sich das Verfahren stützt, wurden zum großen Teil Anfang der 50er Jahre von einem ehemaligen NS-Volksgerichtshofs-Richter vorgenommen.
— Fast sämtliche Zeugen der Staatsanwaltschaft waren durchweg überzeugte Nationalsozialisten. Gerhard Bögelein selbst streitet die ihm vorgeworfene Tat ab.
— Gerhard Bögelein war bis zur „Wiedervereinigung" der beiden deutschen Staaten DDR-Bürger und wurde kurz danach — schwer krank und haftunfähig — zwangsweise ins Hamburger Untersuchungsgefängnis verbracht.

Die Verhaftung, die seit Dezember 1990 andauernde Haft von Gerhard Bögelein, die Anklage und das Urteil gegen den alten Antifaschisten sind unerträgliche Anzeichen für eine nachträgliche Verfolgung des antifaschistischen Widerstandes gegen das NS- Regime. Der Prozeß ist ein Beispiel für die bundesdeutsche Geschichtsfälschung, die aus den NS-Tätern Opfer machen will und aus den Menschen, die sich aktiv dem Faschismus entgegenstellten und die Mörder zur Rechenschaft zogen, Verbrecher.
Wir sind empört und entsetzt über dieses Urteil und fordern alle demokratischen und antifaschistischen Menschen im In- und Ausland auf, sich für die sofortige Freilassung und Rehabilitierung von Gerhard Bögelein einzusetzen.

Name oder Organisation	Beruf/Funktion	Adresse	Unterschrift

Bitte schicken Sie die Protesterklärungen bis 1. September 1992 an die Prozeßgruppe Kielhorn/Bögelein c/o: Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes, Lindenallee 54, 2000 Hamburg 20
Spenden Sie für die Solidaritätsarbeit und Verteidigungskosten:
Solidaritätskonto Gerhard Bögelein, Konto 1228/128 938, Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50

ViSdP: Prozeßgruppe Kielhorn/Bögelein c/o: Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes, Hamburg